

Zürcher Journalistenpreis 14

Frank A. Meyer

Preis für das Gesamtwerk

Simone Rau

Der Mann, der sich zu Tode hungerte

Mark Dittli

Die verpasste Chance

Alex Baur

Ich möchte frei sein

Der Zürcher Journalisten- preis

Es gibt nicht wenige Medienpreise in der Schweiz. Kaum einer aber hat eine so lange Tradition wie der Zürcher Journalistenpreis, der vom Zürcher Presseverein (ZPV) ins Leben gerufen und 1981 erstmals verliehen worden ist. Trägerin ist heute die Stiftung Zürcher Journalistenpreis. Ihr Zweck ist es, über die Ausschreibung und Vergabe eines Preises einen konkreten Beitrag zur Förderung der journalistischen Qualität zu leisten. Die Prämierung von herausragenden Arbeiten soll Journalistinnen und Journalisten ermutigen ihre unter immer anspruchsvolleren Bedingungen zu leistende Aufgabe inhaltlich wie auch stilistisch auf hohem Niveau zu meistern und journalistische Werke zu schaffen, die über den Tag hinaus in Erinnerung bleiben.

Die Arbeiten, die in Produkten von Medienverlagen (inklusive Online) der Kantone Zürich und Schaffhausen publiziert worden sind oder die von Autorinnen und Autoren stammen, die hauptsächlich in diesen Kantonen tätig sind, werden von einer unabhängigen, sich aus Journalisten und Publizisten zusammensetzenden fünfköpfigen Jury begutachtet. Jährlich gehen rund 180 Arbeiten ein, die in einem mehrstufigen Verfahren ausgewertet werden.

Die Preisgelder stammen von einer ganzen Reihe von Sponsoren.

Preisträger 2014

Frank A. Meyer

Preis für das Gesamtwerk 6

Simone Rau

Der Mann, der sich zu Tode hungerte 12

Mark Dittli

Die verpasste Chance 18

Alex Baur

Ich möchte frei sein 26

Schreiben ist das Wichtigste

Grussadresse des Präsidenten



Die Diskussion kommt und geht, und niemand kennt die Antwort: Ist der Journalismus noch zum Broterwerb geeignet? Wird alles gratis? Haben Inhalte keinen Wert mehr? Lässt sich Paid Content durchsetzen? Sind die Bezahl-schranken von NZZ und Tages-Anzeiger sinn-voll? Während Journalistenorganisationen, Ver-leger und Medienwissenschaftler diese Fragen diskutieren, schreiben Journalistinnen und Journalisten einfach weiter. Und sie produzie-ren in Zeitungen und Zeitschriften, aber auch online, eine Menge hervorragender Arbeiten.

Und hier zeigt sich, dass die traditionellen Me-dien, also die gedruckten, noch ganz weit vorne mitspielen. Die Frage, wie weit ein Bundesrat auch eine halbe Stunde nach einem Interview noch zu seinen Antworten stehen kann, wurde aufgrund eines Zeitschriftenartikels zum nation-alen Thema. Und der Fall Carlos war zwar ein TV-Ereignis, die eigentliche «Aufarbeitung» erfolgte aber im Print. Zwar wurde fleissig dazu getwittert, es wurden Blogs geschrieben und Online-Umfragen gemacht, aber die Themen setzten gedruckte Medien. Der Journalismus bewegt sich in der Schweiz noch weitgehend in alten Bahnen.

Natürlich wird sich dies sanft ändern. Deshalb zeichnet der Zürcher Journalistenpreis auch nur noch journalistische Texte und Publikati-onsformen aus, egal in welcher Form sie publi-ziert wurden – plattformunabhängig sozusagen. Die Arbeit der Jury wird dadurch vielfältiger und anspruchsvoller, weil auch Arbeiten im Netz beurteilt werden müssen.

Die Preisverleihung 2014 wartet mit einigen Überraschungen auf, wie diese Broschüre zeigt. Stiftungsrat und Jury bemühten sich um einen Anlass, der nicht nur herausragenden Journalis-mus auszeichnet, sondern auch medienpolitisch Akzente setzt.

Nach der Preisverleihung wird der langjährige Jurypräsident, Fredy Gsteiger, seinen Rücktritt nehmen. Der Stiftungsrat dankt ihm herzlich für seinen grossen Einsatz und begrüsst seinen Nachfolger, Hannes Britschgi, ganz herzlich.

Andrea Masüger
CEO Somedia
Präsident der Stiftung Zürcher Journalistenpreis

Weiter im Stiftungsrat

Kaspar Loeb
Kommunikationsberater

David Strohm
Zürcher Presseverein

Riccarda Mecklenburg
Dozentin und Publizistin

Geschäftsführung

Brigitte Becker

Jury

Fredy Gsteiger (Präsident)
Schweizer Radio SRF

Susan Boos
WOZ Die Wochenzeitung

Hansi Voigt
Watson

Lisa Feldmann
Publizistin

Alain Zucker
Tages-Anzeiger

Die Jury

Fredy Gsteiger (Präsident)



Fredy Gsteiger wurde 1962 in Bern geboren. Schon als 19-jähriger Gymnasiast liess er sich mit dem Journalismus ein, der ihn seither nicht mehr losliess. Während des Studiums der Wirtschaftswissen-

schaften in St. Gallen und später der Politikwissenschaft in Lyon und im kanadischen Québec arbeitete Gsteiger als Werkstudent für den Berner «Bund» und für das «St. Galler Tagblatt», in dessen Auslandredaktion er später eintrat. Dann wechselte er nach Hamburg zur deutschen Wochenzeitung «Die Zeit». Nach einer Hospitanz war er zuerst viereinhalb Jahre lang für die Nahostberichterstattung zuständig, danach ging er als Korrespondent nach Paris. 1997 übernahm Fredy Gsteiger die Chefredaktion der «Weltwoche» in Zürich, 2002 wechselte er vom Zeitungs- zum Radiojournalismus und wurde Produzent des «Echo der Zeit» von Schweizer Radio DRS. Seit 2006 kümmert er sich als dessen diplomatischer Korrespondent um Themen der internationalen Aussen- und Sicherheitspolitik. Seit Januar 2013 ist er stellvertretender Chefredaktor von Schweizer Radio SRF. Gsteiger ist Vorstandsmitglied des International Press Institute IPI und seit 2005 Präsident der Jury des Zürcher Journalistenpreises.

Susan Boos



Susan Boos ist 1963 in Zürich geboren und danach in St. Gallen aufgewachsen. Nach der Ausbildung zur Primarlehrerin im Seminar Rorschach stieg sie 1984 bei der «Ostschweizer AZ» in den Journalismus ein und

studierte gleichzeitig an der Universität Zürich Ethnologie, Politologie und Publizistik. 1989 wurde sie Redaktorin der «Ostschweizer AZ» und wechselte 1991 als Redaktorin zur «WOZ Die Wochenzeitung»; seit 2005 ist Boos in der Redaktionsleitung. Sie hat verschiedene Bücher publiziert, das neuste ist unter dem Titel «Fukushima lässt grüssen. Die Folgen eines Super-GAU» im März 2011 im Rotpunktverlag erschienen.

Hansi Voigt



Hansi Voigt (49) war von Oktober 2007 bis Dezember 2012 Chefredaktor von 20 Minuten Online. In dieser Zeit entwickelte sich das Online-Angebot der Gratiszeitung zum grössten Newsportal der Schweiz.

Vorher war er beim «Beobachter» tätig und davor lange Jahre unter anderem als Blattmacher und Chefredaktor a.i. der Wirtschaftszeitung «Cash».

2006 wurde Voigt gemeinsam mit Ursula Gabathuler für einen Artikel im «Beobachter» zum Thema Armut mit dem Zürcher Journalistenpreis ausgezeichnet. Im Jahr 2012 wurde er vom Fachmagazin «Schweizer Journalist» zum «Chefredaktor des Jahres» gewählt. Voigt hat seit seinem Weggang von 20 Minuten Online verschiedene Beratermandate in der Schweiz und in Deutschland angenommen und sieht im digitalen Wandel vor allem viele Chancen für Journalisten und den Journalismus. Er leitet heute das Portal «Watson».

Lisa Feldmann



Lisa Feldmann, geboren 1958 in Plettenberg, hat nach ihrem Studium der Germanistik und Anglistik (Magister) eine journalistische Laufbahn eingeschlagen, die beim «stern» begann und rasch

Richtung Lifestyle, Mode und Frauenthemen weiterführte. Sie war in der Chefredaktion von «Elle», danach Chefredaktorin der «Cosmopolitan». Anschliessend leitete sie die Special-Redaktion des Magazins der «Süddeutschen Zeitung». Seit 2002 lebt Lisa Feldmann in der Schweiz und ist inzwischen auch Schweizerin. Ihre journalistischen Stationen hier: Mode-Berichterstattung im Lifestyle-Bund der «Sonntagszeitung», Chefredaktorin der «annabelle» (2004 – 2013). Im Sommer 2013 folgte ein Abstecher nach Berlin, als Chefredaktorin von «Interview», der deutschen Ausgabe des amerikanischen Kultmagazins.

Alain Zucker



Alain Zucker wurde 1967 in Zürich geboren. Nach der Schulzeit in Zürich studierte er Geschichte und Volkswirtschaft an der Universität Zürich und an der Washington University in St. Louis, USA. Danach

absolvierte er ein Volontariat beim «Brückenbauer» und schloss berufsbegleitend den Journalismus-Diplomkurs am Medienausbildungszentrum in Luzern ab. 1996 wechselte er zur «Weltwoche», zuerst als Wirtschaftsredaktor, dann als Leiter der Reporter und schliesslich als Leiter der Wirtschaftsredaktion. 2003 verliess er die «Weltwoche» und wurde Autor für «Das Magazin» und die «Bilanz». Dann kehrte er zur «Weltwoche» als USA-Korrespondent zurück. Aus den USA berichtete er später für Zeitungen und Zeitschriften aus dem ganzen deutschsprachigen Raum, unter anderem als Wirtschaftskolumnist. Mitte 2008 kehrte er in die Schweiz zurück und übernahm im Zuge einer Neuausrichtung die Leitung des Hintergrundressorts des «Tages-Anzeigers». Heute ist Alain Zucker Mitglied der Chefredaktion.

Der Zürcher Journalistenpreis 2014

wird

Frank A. Meyer

für sein

Gesamtwerk

verliehen.

Zürich, 20. Mai 2014

Die Jury:

Fredy Gsteiger



Susan Boos



Lisa Feldmann



Hansi Voigt



Alain Zucker



Preisträger



Frank A. Meyer

Frank A. Meyer (70) ist im zweisprachigen Biel aufgewachsen. Der Sohn eines Uhrmachers entschied sich für eine Schriftsetzer-Lehre und wurde dann schnell journalistisch tätig. Von 1968 bis 1980 baute er als Partner von Mario Cortesi dessen Büro in Biel auf. In dieser Zeit machte er aktiv Lokalpolitik, war Präsident der «Freien Bieler Bürger» und sass vier Jahre im Stadtparlament.

Im Jahre 1972 begann seine journalistische Tätigkeit für das Medienhaus Ringier. In seiner Rolle als Bundeshaus-Korrespondent für die «Schweizer Illustrierte» kreierte er eine neue Art der politischen Berichterstattung. Seine Nähe zu Mitgliedern der Regierung erlaubte ihm, Bundesräte quasi privatim zu zeigen. 1978 war er Mitbegründer der zweisprachigen Wochenzeitung «Biel-Bienne». 1980 wurde er Co-Chefredaktor der «Woche» und begann seine Tätigkeit als Kolumnist des «SonntagsBlick», die er bis heute ausübt. In der Folge wurde er publizistischer Berater von Verleger Michael Ringier, dessen Vertrauen er bis heute genießt. 1985 wurde in die Konzernleitung Ringier berufen, 1989 als Lehrbeauftragter für Medienkultur an der Universität St. Gallen. Meyer ist seit mehr als 30 Jahren Gastgeber der vom Schweizer Fernsehen produzierten 3sat-Sendung «Vis-à-vis». Meyer ist Mitgründer und Kolumnist des Magazins «Cicero», das seit 2004 in Berlin erscheint.

Frank A. Meyer ist Präsident der Hans Ringier Stiftung, die die Qualität des Schweizer Journalismus fördert – unter anderem mit der Ringier Journalismusschule. Er lebt zusammen mit seiner Gattin, der Kulturjournalistin Lilith Frey, in Berlin.

Laudatio

Laudatio für das Gesamtwerk
von *Frank A. Meyer*

Meine Damen und Herren, lieber Frank

Es gibt einige gute Gründe, Frank A. Meyer zu kritisieren. Zumal: Wer angreift, wird auch angegriffen. Und Frank A. Meyer greift an. In seiner Hand wird die Feder – oder ist es die «Hermes 3000»? – zum Schwert. Er teilt in seiner Kolumne hart aus. Gegen Islamisten, Abzocker, Rassisten, Zeitgeistsurfer, Kleingeister, Grosssprecher. Meyer beschränkt sich nicht aufs distanzierte Beobachten. Er will mit seinen Worten verführen, will agieren, auch mal agitieren. Gerade deswegen lese ich ihn, lesen so viele ihn. Frank A. Meyer ist mit den Jahren zweifellos weiser, aber ganz gewiss nicht milder geworden.

Es gibt aber auch viele schlechte Gründe, Frank A. Meyer anzugreifen. Ich wundere mich gelegentlich, wie es einzelne Journalisten geradezu lieben, ihn zu hassen. Oder zumindest sich über ihn sehr, sehr aufzuregen. Manche tun sich schwer damit, dass er Einfluss hat und Einfluss nimmt im Haus Ringier. Obschon er die meiste Zeit dort gar keinen klar definierten Posten bekleidete. «Ich bin einfach da», pflegt er zu sagen. Ich staune, dass gerade Journalisten, die Hierarchien eigentlich ätzend finden, darauf pochen, dass jemand nur kraft seines Amtes Macht ausüben darf und nicht auch dank Ideen oder Überzeugungen. Ich staune auch, dass man Frank A. Meyer übelnimmt, Michael Ringier zu publizistischen Projekten angestiftet zu haben. Viele davon teuer. Längst nicht alle erfolgreich. Sollten wir uns als Journalisten nicht freuen, wenn Verleger Wagnisse eingehen? Müssen auch wir Journalisten wie Buchhalter argumentieren?

Ich behaupte: Das Verlagshaus Ringier wäre trister, langweiliger ohne Frank. Und irre ich mich, wenn ich hinter dem einen oder anderen Artikel über seinen angeblich schwindenden Einfluss an der Dufourstrasse mehr Wunschenken als Recherche vermute?

Ausserdem: Der Schweizer Boulevard wäre zweifellos rechtslastiger, fremdenfeindlicher, engstirniger, wohl gar primitiver ohne ihn. Natürlich kann man hartnäckig behaupten, Boulevardmedien müssten rechtspopulistisch sein, um Erfolg zu haben. Aufgeklärter Boulevard sei ein Widerspruch in sich. Ich jedenfalls bin froh, dass wir hier nicht die «Kronenzeitung» haben, nicht die «Daily Mail».

Es gibt auch jene, die Frank A. Meyers Gesprächssendung «Vis-à-vis» nicht mögen. Zu zahm, finden sie. Doch wer sagt denn, Fernsehinterviews müssten zeitgeistgemäss zwangsläufig konfrontativ, mitunter gar aggressiv geführt werden? Ist es nicht so, dass sich der eine oder die andere mehr öffnet, wenn er oder sie nicht im verbalen Kugelhagel antreten muss? Dass wir also letztlich mehr erfahren über eine Person als in der Heiligen Römischen Inquisition auf der Mattscheibe.

Damit habe ich schon mal gesagt, weshalb die Jury des Zürcher Journalistenpreises Frank A. Meyer für sein Lebenswerk gerade auch deswegen auszeichnet, wofür ihn andere schelten. Dazu kommt: Frank A. Meyer hat, ohne Übertreibung, den Bundeshausjournalismus revolutioniert. Wo zuvor Staub war, kam Spannung auf. Aus Bundesräten wurden auf einmal Menschen. Frank A. Meyer war stets und ist ein journalistischer Patriot. Er kritisiert die Schweiz, immer wieder, immer wortgewaltig. Doch nie weil er sie schlecht, vielmehr weil er sie gut findet. Und wenn er Schweiz sagt, meint er Schweiz. Nicht ein Ländchen, das intellektuell am Gotthard oder am Röstigraben aufhört.

Frank A. Meyer sagt: «Ich bin einfach da.» Ich erlaube mir zu ergänzen: Und das ist auch gut so!

Lieber Frank, herzliche Gratulation zum Preis für Dein journalistisches Lebenswerk

Fredy Gsteiger

Verkehrte Welt

Sonntagsblick, 23. Februar 2014

Von Frank A. Meyer

Ja, wir sind ein stolzes Volk. Und auf nichts so stolz wie auf unsere direkte Demokratie. Sollte man meinen. Stolz sind wir natürlich gerade jetzt, nach dem Entscheid gegen die europäische Einwanderung. Sollte man meinen. Denn: Was gilt, das gilt. Auch wenn es womöglich der falsche Entscheid war. Doch nun reist unser Aussenminister durch die Hauptstädte Europas und bittet um Milde. In Deutschland will er sie gefunden haben. Angela Merkel strich ihm mütterlich übers akkurat gescheitelte Haupthaar und liess ihn tröstend wissen: Es gebe überhaupt keinen Grund, jetzt jegliche Kooperation zu stoppen. Also kann es weitergehen wie bisher, mit Ausnahme der Personenfreizügigkeit natürlich, die von der Schweiz ja gerade eben aufgekündigt worden ist. So interpretiert die stolze Schweiz ängstlich-hoffnungsvoll die Bundeskanzlerin. Verdrängt wird dabei die Feststellung derselben deutschen Bundeskanzlerin: «Eines der Prinzipien ist nun einmal die Personenfreizügigkeit, hinter welcher Deutschland voll steht.» Darum aber gehts. Und das ist der Konflikt. Von ganz Europa fordern wir Respekt für den Schweizer Volkswillen. Müssen die Europäer vor uns Schweizern niederknien? Oder ist es vielleicht gar nicht so weit her mit dem Schweizer Stolz? Ein aggressives Wehgeschrei hat eingesetzt gegen jede kritische Reaktion aus Brüssel: Vom Drohen, von Härte, vom Zurückschlagen der

EU ist klagend- beleidigt die Rede. Soll sich die EU dafür bedanken, dass wir ihr erhabenstes Bürgergrundrecht zerknüllt und in den Papierkorb geworfen haben? Der Zürcher «Tages-Anzeiger» illustrierte die seltsame Schweizer Betrachtungsweise gleich mit zwei Karikaturen: Am 13. Februar war auf Seite eins zu sehen, wie die EU unserer züchtigen Helvetia den Hintern zeigt; am 18. Februar pinkelte – ebenfalls auf Seite eins – das Brüsseler Wahrzeichen Manneken Pis der Schweiz vor die Füsse. Respektloses Europa? Oder blickt die Schweiz verkehrt auf die Welt? Betrachten wir es doch einmal aus der Sicht der Europäischen Union: Helvetia zeigt ihr mit dem Volksentscheid vom 9. Februar den blanken Hintern; und es ist ein Schweizer Sennenknappe, welcher Brüssel vor die Füsse pinkelt. In Wahrheit ist es nicht eine kleine, brave Schweiz, die der grossen, bösen EU arglos in die Fänge geraten ist. Es ist die Schweizer Finanz-Grossmacht, es ist der Schweizer Steueroptimierungs-Standort, es ist die Schweizer Export-Grossmacht, die ihrerseits die europäischen Nachbarn herausfordert. Übt die Schweiz selbst die Milde, die sie von ihren Nachbarn erwartet? Kroatien wurde aus Bern eiskalt telefonisch beschieden, dass für seine Bürger freizügige Einwanderung in die Schweiz nicht mehr in Frage komme. Respekt für eine kleine Nation? «Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu», lautet eine universal verständliche Volksweisheit. Ist es auch eine Schweizer Weisheit?



Frank A. Meyer im Gespräch mit Sahra Wagenknecht.

Foto: Antje Berghäuser

Zauberberg

Sonntagsblick, 26. Januar 2014

Von Frank A. Meyer

Ist das World Economic Forum in Davos eine gute Sache? Sicher ist es das. Das Thema des diesjährigen WEF und seines Gründers Klaus Schwab lautet: «Neugestaltung der Welt und deren Bedeutung für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft». Nichts weniger als die «Neugestaltung der Welt» hat sich der hochverdiente Forums-Patriarch also vorgenommen! Und noch etwas verkündet Klaus Schwab: «Die Führungspersönlichkeiten dieser Welt kommen dieses Mal in Davos zusammen.» Nichts weniger als «DIE Führungspersönlichkeiten», nicht etwa nur «Führungspersönlichkeiten». Ist das so? «Es besteht keine geeignete weltweite Governance, um mit den Konsequenzen der bereits in Gang gekommenen Neugestaltung der Welt umzugehen», beklagt Klaus Schwab. Tagt diese Weltgovernance jetzt in Davos? Als Stelldichein DER Führungspersönlichkeiten dieser Welt? Wäre es so, es müsste der Welt angst und bange werden. Zu Klaus Schwabs Weltführern gehört Anshu Jain: Früher war er verantwortlich für das Investmentbanking der Deutschen Bank; neuerdings ist er verantwortlich für die gesamte Deutsche Bank. Er leitet ein Unternehmen, dessen allerjüngste Vergangenheit sich darstellt wie ein Krimi, nicht wie die Chronik eines redlichen Geldhauses: kaum ein aktueller Skandal in der Finanzwelt ohne Deutsche Bank, kaum eine Manipulation, kaum eine Spekulation, kaum eine Trickserei, an der sie nicht beteiligt gewesen wäre. Weltführer Jain? In Davos hält auch Josef Ackermann Hof, Vizepräsident des WEF-Stiftungsrats. Zehn Jahre lang beherrschte er die Deutsche Bank. Es waren Jahre, von denen die «Neue Zürcher Zeitung» schreibt: «Die Vergangenheit holt die Deutsche Bank ein.» Eine Vergangenheit anrüchiger Geschäfte sonder Zahl. Und eines Debakels ohne Ende: Ermittlungen, Prozesse, Entschädigungszahlungen, Milliardenbussen. Weltführer Ackermann? Ja, das WEF in Davos wird alljährlich bevölkert von würdigen wie fragwürdigen wie unwür-

Noch 18 Sommer auf Borkum

digen Wirtschaftsführern. Auch von CEOs, die über genügend Zeit und Spesen verfügen, um in der hässlichen Alpenstadt und ihrer idyllischen Umgebung Maulaffen feilzuhalten.

Weltführer sind sie nicht.

Windige Figuren der Wirtschaftswelt, vor allem Hütchenspieler der Finanzwelt, wie wir spätestens seit der Bankenkrise wissen, haben immer wieder den hehren Mahnungen Klaus Schwabs zur Verbesserung der Welt gelauscht. Geschadet hats ihnen nicht. Hats der Welt genützt? Es war jedenfalls schön. Und wenn die Sonne schien, noch schöner.

Die Reise in den Bergort, der einst die Kulisse für Thomas Manns Roman «Der Zauberberg» abgab, ist für globale Geschäftemacher eine Wallfahrt. Je schlechter das Gewissen, desto erhebender das Gefühl, wenn ihnen der ehrlich beseelte Vorbeter Klaus Schwab mit klug-kritischen Worten die Absolution erteilt und seine streng ermahnten Gläubigen wieder in die weite Welt entlässt, woselbst sie sich fortan fürs Gute, zumindest fürs Bessere einsetzen mögen.

Davos ist das Lourdes der Wirtschaft. Das WEF ist die Kathedrale.

Und die Politiker, die sich bequemen, den Gottesdiensten im Gebirge beizuwohnen?

Sie dokumentieren die gute Absicht, indem sie internationale Konflikte und Probleme auf der Weltbühne debattieren, die Klaus Schwab geschaffen hat – eine Lebensleistung von beeindruckender Dimension.

Aber Weltführung ist hier nicht versammelt. Auch nicht Weltelite.

Es genügt, wenn in Davos einige dem Globus Gutgesinnte Gespräche führen – engagierte, womöglich sogar verpflichtende Gespräche –, während zahlreiche Geschäftemacher eben auch dort oben ihre Geschäfte machen.

So ists, so soll es sein.

Auf jeden Fall ist es gut, dass es das WEF gibt: für die Schweiz – und ein bisschen auch für die Welt.



Frank A. Meyer im Gespräch mit Kurt Furgler.

Frank A. Meyer im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder, wir pflegen ja seit einiger Zeit eine freundschaftliche Beziehung. Ich möchte Sie zum Begriff «Freundschaft» etwas fragen: Sind Sie zu Freundschaft fähig?

Ich glaube schon, dass ich das bin, denn es gibt Freundschaften, die seit sehr langer Zeit halten, und die auch die Zeit meiner aktiven politischen Tätigkeit in Niedersachsen und als Bundeskanzler hindurch gehalten haben. Aber es sind wenige. Denn um Freundschaft in des Wortes wirklicher Bedeutung zu pflegen, braucht man Zeit. Zeit aber haben Sie als Politiker in diesen Ämtern in der Regel nicht, sodass im Grunde das wenige, was Sie an Privatheit, an privater Zeit übrig haben, der Familie gehört. Und ein, zwei, drei Freunden vielleicht.

Verlernt man in der Politik nicht die Fähigkeit zur Freundschaft? Politik ist ja Machtgewinnung, Durchsetzung, Siegen. Und irgendwann findet man die Leute am sympathischsten, die einem dabei nutzen.

Das ist nicht so. Die Freundschaften, die ich habe, haben relativ wenig mit dem zu tun, was Sie politischen Kampf nennen. Es gibt da einen Journalisten, der ist Ihnen bekannt?

Sie meinen Heiko Gebhardt.

So etwas währt 30 Jahre und mehr. Es gibt meinen Kollegen im Anwaltsbüro in Hannover und noch ein, zwei weitere. In der Politik glaube ich einen Freund gewonnen zu haben – durch die politische Arbeit –, das ist mein früherer Innenminister Otto Schily, zu dem ich eine Beziehung pflege, die intensiver ist als eine nur politische. Aber wie gesagt: Wegen des Mangels an Zeit hat man relativ wenige Möglichkeiten, Freundschaften zu pflegen. Der Begriff «Pflegen» ist ja sehr bewusst benutzt. Er bedeutet, dass man in Situationen, wo einen der andere aus existenziellen Gründen braucht, da sein muss. Und das ist man in einem solchen Amt in der Regel nicht.

Ihre heutige Gattin ist eine starke Frau, mit grossem Einfluss auf Sie. Die frühere, Hillu Schröder, war auch eine starke Frau. Hat die starke Mutter Ihr Frauenbild geprägt?

Das kann sein. In der Tat, ich finde, Partner-

schaften zwischen Männern und Frauen müssen nicht aus Über- oder Unterordnung bestehen. Auch wenn das Bild in der Öffentlichkeit gelegentlich ein anderes war, der Kern meiner Beziehungen war immer ein partnerschaftlicher.

Ihre Ministerinnen waren ja alle stark bis furchterregend stark. Ihre engste Mitarbeiterin Sigrid Krampitz ebenso.

Die Frauen, mit denen ich in der Politik zusammengearbeitet habe, waren sehr selbstbewusste, sehr starke Frauen, sie hatten alle einen eigenen Lebensweg hinter sich. So jemand lässt sich nicht mit Macho-Methoden behandeln. Natürlich hat es auch Kritik gegeben an meiner Art des Umgangs – gelegentlich heisst Führung ja auch, den eigenen Willen durchzusetzen.

Fühlen Sie sich denn nicht manchmal auch als Macho?

Nein, das kann auch gar nicht sein, weil es nicht zugelassen würde! Auf die Idee käme ich auch nicht.

Sie sind als Mann eine stark ausstrahlende Figur?

Das ist ja etwas anders. Unter Macho verstehe ich jemanden, der den Partner, die Partnerin beherrschen will. Das will ich nicht. Und das würde mir, selbst wenn ich es wollte, zu Hause nicht gestattet.

Es gibt im Buch diesen Satz von Ihnen, dass Wahlkampfzeiten für einen Politiker die schönsten Zeiten sind. Ich möchte da mal das Wort «Wahl» weglassen und bei «Kampf» bleiben. Kampf scheint alles zu prägen, was Sie tun. Sie kämpften für den Ausstieg aus dem Leben hinter dem Ladentisch, sie kämpften um das Studium, sie kämpften in der Politik? Sie kämpften schon in der Fussballmannschaft – da nannte man Sie «Acker», was von Ackern kommt, also wieder von Kampf. Kämpfen Sie eigentlich immer?

Da ist was dran. Kampf hat mein Leben bestimmt. Was sicher etwas mit der Herkunft zu tun hat und mit dem Willen, aus den Verhältnissen, in die ich hineingeboren worden bin, herauszukommen. Aber das Wahlkämpfen würde ich nicht gern auf Kampf reduzieren. Wahlkampfzeiten sind Zeiten zugespitzter politischer Aufmerksamkeit. In diesen Zeiten

findet so etwas wie direkte Kommunikation zwischen Spitzenpolitikern und Volk statt. Deswegen habe ich das auch immer gern gemacht. Ansonsten ist ja Politik sehr stark durch Medien vermittelte Kommunikation: im Fernsehen noch eher direkt, in den gedruckten Medien aber sehr stark beeinflusst durch diejenigen, die schreiben.

Nun glaube ich bei Ihnen etwas beobachtet zu haben: Sie sind am stärksten, wenn Sie in die Enge getrieben werden und mit dem Rücken zur Wand stehen. Ihr letzter Wahlkampf war eigentlich aussichtslos?

So ist es!

... und wurde fast ein Sieg. Nicht nur gegen die CDU/CSU – gegen alle Medien!

Das ist richtig. Es war in diesem Wahlkampf durchaus anders als in allen anderen, die ich zu bestreiten hatte. Da ist in den letzten Tagen das passiert, was ich versucht habe zu beschreiben: direkte Kommunikation zwischen den zeh-, fünfzehn-, manchmal zwanzigtausend Menschen, die auf den Marktplätzen standen, und mir als Redner. Ich habe mal – vielleicht etwas übertrieben – gesagt: Das waren weniger Wahlkampfreden als vielmehr gelesene Messen.

Sie haben das genossen!

Weil ich spürte, dass da unten viele junge Menschen standen, die etwas wissen wollten, die hören wollten, was sagt der denn jetzt, warum will er eigentlich weitermachen, nachdem er so aussichtslos zurücklag. Was auch dazu beigetragen hat, dass es dann alles andere als eine Niederlage geworden ist.

Sie gelten im Bewusstsein der Öffentlichkeit immer noch als eine starke Führungspersönlichkeit – wo sind Ihre politischen Schwächen?

Sie haben ja darauf hingewiesen, dass man manchmal mit dem Rücken zur Wand steht. Dann ist man unduldsam. Ich habe gelegentlich zu wenig darauf gehört, was mir nahegebracht worden ist – von Mitarbeitern, durchaus auch von kritischen Medien. Wenn ich hier eine Schwäche eingestehen soll, dann die Tendenz, sehr schnell zu entscheiden. Damit sind gewisse Risiken verbunden, gar keine Frage! Ich bin natürlich beratungsfähig, bin es immer gewesen und bin es auch jetzt noch.



Frank A. Meyer im Gespräch mit Gerhard Schröder.

Foto: Antje Berghäuser

Was hat Ihnen die Politik beigebracht?

Die Politik hat mir beigebracht, interessante Menschen kennenzulernen, sie verstehen zu lernen, mich schnell in Sachverhalte unterschiedlichster Art einzuarbeiten, mich darin zu bewegen und Entscheidungen zu treffen. Ich habe der Politik in der Entwicklung meiner Persönlichkeit – so, wie ich sie sehe – eine ganze Menge zu verdanken.

Hat sie Ihnen auch beigebracht, dass nationale Politik im Grunde genommen nicht mehr genügt? Sie sind ja nicht gerade als Europäer gestartet!

Das kann man so sagen. Vielleicht aber zunächst eine Sache, die noch tiefer geht: Ich habe in diesem Amt gelernt, dass Deutschlands Geschichte immer noch präsent ist – gerade dann präsent ist, wenn einem die Kollegen sagen: Nun kommt doch nicht immer mit eurer Historie, das ist doch jetzt vergessen und vergeben! Wenn man so täte, als sei dies der Fall, wäre das nach meinem eigenen Verständnis nicht richtig. Aber man würde es auch auf der anderen Seite nicht goutieren. Unsere Geschichte, die spezifisch und singulär ist, wird uns nicht loslassen. Nicht im Sinne von Schuldvorwürfen, aber von Verantwortung für diese Geschichte. Vor diesem Hintergrund haben wir damals die Zwangsarbeiter-Entschädigung beschlossen, zehn Milliarden Mark, die von Staat und Wirtschaft aufgebracht worden sind. Das andere ist Europa. Ich habe anfangs auch gefragt: Muss Deutschland in dieser Net-

tozahler-Position sein? Und dann lernen müssen: Wir haben am meisten von diesem geeinten Europa – politisch und ökonomisch. Und deswegen ist es gerecht, wenn wir unsere Rolle als Helfer aufrechterhalten.

Sehen Sie dieses Europa als eine starke Macht? Sagen wir, im Zeitraum der nächsten 25 Jahre, wo sich ja dann die Wahrheit der Globalisierung zeigen wird?

Unter einer Voraussetzung – und das ist ebenfalls ein Stück Selbstkritik, das ich versuche, in meinem Buch deutlich werden zu lassen: Wir dürfen nicht nur über die juristischen Formeln, nicht nur über den Markt reden, sondern über die Organisation der Gesellschaft. Also über das soziale Europa. Wir haben die Chance, in Europa ein Gesellschaftsmodell zu entwickeln, das sich positiv unterscheidet vom amerikanischen auf der einen Seite und vom asiatischen auf der anderen. Dieses Gesellschaftsmodell ist gegründet auf Teilhabe von breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung am erarbeiteten Wohlstand - Teilhabe nicht nur im materiellen Sinn, sondern auch kulturell und vor allem, was das Mitbestimmen über die Schicksale der Völker angeht.

Da spricht jetzt der Sozialdemokrat, lupenrein! Wenn ich in der Rückschau eines bedauere – ich bedauere mehrere Dinge –, dann, dass wir die ökologische Dimension in der Politik mit so viel Kraft durchsetzen mussten, aber trotz allem manchmal vielleicht nicht entschieden

genug vorgegangen sind. Da geht es nicht nur um das Klima. Da geht es eigentlich um die Frage: Schaffen wir es, die industrielle Produktionsweise so zu verändern, dass der Gesichtspunkt der Ökologie in der Produktion wirksam wird – und nicht erst anschliessend: beim Energiesparen, bei der Verwendung bestimmter Produkte, die nachhaltig sind. Wenn wir das schaffen, brauchen wir nicht Nachsorge zu betreiben, die ja immer zu spät kommt.

Sie kennen das politische Machtgefüge, auch das wirtschaftliche Machtgefüge: Wird die Gesellschaft, werden Politik, Wirtschaft, Kultur diese Probleme irgendwann meistern? Ich muss ja optimistisch sein: Ich habe kleine Kinder und muss deshalb überlegen, was kann ich eigentlich noch tun in den mir verbleibenden Jahren – ich hoffe, es sind mehr als nur ein paar –, um denen ein lebenswertes Leben zu ermöglichen. Ich glaube, das können wir schaffen. Ich bin auch optimistisch, weil ich in einigen Bereichen sehe, dass das, was politisch initiiert worden ist, die Gesellschaft ergreift. Beispiel gesundes Essen: Heute werben in Deutschland grosse Supermarktketten damit, dass sie 20 Prozent Bio-Produkte anbieten. Vor zehn Jahren war das undenkbar! Da hiess es noch, das sei nur etwas für Leute, die sich von Körnern ernähren. In dem Moment, in dem solche Produkte einen Markt bekommen, brauchen sie nicht mehr politisch durchgesetzt zu werden.

Sie glauben, dass der Markt alles regelt? Nein, ich glaube, dass die Initiative durch die Politik und die Schaffung eines Marktes zusammengehören. Reine Politik würde Bürokratie bedeuten. Reiner Markt würde bedeuten, dass zu kurzfristig gedacht wird. Beides zusammen aber kann einen Sinn ergeben.

Sie sind jetzt sehr beschäftigt mit Wirtschaftsmandaten, neben Gazprom auch bei Ringier, dann bei der Rothschild-Bank, und es sind wohl noch andere? Nein, zurzeit nicht.

Nach 40 Jahren Politik läuft der Motor auf höchsten Touren. Und dann plötzlich läuft er leer. Wie verarbeiten Sie das? Wegen der kurzen Zeitspanne zwischen der Aufgabe des Amtes und der Aufnahme meiner neuen Tätigkeiten hat es viel Kritik gegeben.

Ich habe es gemacht – sehr bewusst –, weil diese Abkehr ja verarbeitet werden muss. Ich habe mir gesagt: Du brauchst jetzt etwas zu tun! Du kannst nicht von 150 auf null gehen, das würde deine Familie gar nicht aushalten!

Man kann zum Analytiker gehen. Nichts gegen diesen Job, aber das ist nicht meine Sache! Ich musste etwas zu tun haben, auf der Grenzlinie zwischen Wirtschaft und Politik. Ich muss was arbeiten! Ich habe ja meinen Lebttag gearbeitet.

Sie kennen das Buch von Jürgen Leinemann, dem Spiegel-Journalisten, über den «Höhenausbruch». Über die Politik als Sucht.

Genau! Mich kann er nicht gemeint haben. Ich glaube, dass ich nach den ersten drei Monaten, in denen es schwierig war, die Abgabe des Amtes verkraftet habe. Ich bin mit mir im Reinen.

Woran hat sich im Alltag gezeigt, dass es schwierig war? Man wird unleidlich. Oder man beginnt nachzudenken: über die Ungerechtigkeit der Welt im Allgemeinen oder über die des Volkes, das uns nullkommaneu Prozent zu wenig gegeben hat, im Besonderen.

Und dann muss man noch erleben, dass die anderen, die jetzt dran sind, alles falsch machen? Das wollen wir ja hier nicht erörtern, weil ich mich zur Politik in Deutschland nicht äussern darf? «Alles falsch» würde ich aber nicht sagen.

Aber das ist doch der Reflex? Man sieht, dass Politik auch in einer Grossen Koalition – ich sag's mal diplomatisch – endliches Menschenwerk ist.

Und Sie? Sie sind zufrieden mit Ihrem «endlichen Menschenwerk»? Ich bin sehr zufrieden, ja.

Und was bleibt? Sie haben jetzt auf Borkum... Eine wunderschöne Insel, kann ich nur empfehlen! Borkum ist die einzige ostfriesische Insel mit Hochseeklima. Ist – so wird es gesagt – ein bisschen spiessig, aber wenn es so sein sollte, dann passt es zu uns.

Sie lieben nicht den Süden? Doch! Aber wenn man kleine Kinder hat, dann sind lange Reisen nicht so gut. Dann ist es schon besser, wenn die an der Nordsee im Sand spielen, zweieinhalb Stunden Autofahrt von Hannover entfernt. Dann ist es auch besser, wenn man eine feste Bleibe hat, denn das lässt sich leichter organisieren. Wir müssen immer drei Kinder mitnehmen, Hund und Katze auch – das ist schon eine Expedition!

Und Sie schieben den Kinderwagen. Was soll ich sonst tun?

Ein ganz neues Lebensgefühl! Wenn ich Ihnen eine Empfehlung geben darf?

Aber gern! Probieren Sie's doch einfach mal. Es ist wirklich ein tolles Leben!

Sie meinen, ich soll noch Kinder? Das müssen Sie selber entscheiden. Aber es ist schön. Nur nicht für jeden. Ich will Ihnen da nicht zu nahe treten.

Mich interessiert einfach die Perspektive von Gerhard Schröder: Politik? Nicht mehr.

Ganz, ganz sicher? Ganz, ganz sicher!

Ausser, es wird plötzlich der Wunsch an Sie herangetragen? Manche Wünsche werden nun mal nicht erfüllt!

18 Sommer in Borkum, 18 Weihnachten in Hannover, dann sind Sie 80. Ich habe das gleiche Problem? Meine Mama ist grad 93. Hab ich deren Gene geerbt und höhere Mächte sind hilfreich, dann kann ich weit mehr Sommer und Weihnachten erleben und ausserdem die ganze Zeit über deutsche Politik kommentieren.

Das Gespräch führte Frank A. Meyer für eine Folge der im Schweizer Fernsehen SRF und auf 3Sat ausgestrahlten Sendung «Vis-à-Vis». Es erscheint in gedruckter Form im Magazin «Cicero» am 1. Dezember 2006. Die vorliegende Fassung ist leicht gekürzt.

Der Zürcher Journalistenpreis 2014

wird

Simone Rau

für ihren Artikel

Der Mann, der sich zu Tode hungerte

erschienen im Tages-Anzeiger vom 19. August 2013

verliehen.

Zürich, 20. Mai 2014

Die Jury:

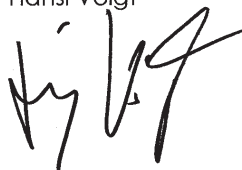
Fredy Gsteiger



Susan Bops



Hansi Voigt



Lisa Feldmann



Aldin Zucker



Preisträgerin Laudatio



Simone Rau

Dass ich den Zürcher Journalistenpreis gewonnen habe, erfuhr ich fünf Tage nach der Geburt unserer Tochter. Die Sterne standen offensichtlich gut. Nicht gut standen sie, als ich während meines Studiums der Germanistik, Filmwissenschaften und Publizistik beim «Tages-Anzeiger» anrief. Auf die Frage, ob ich, die bisher frei geschrieben hatte, einen (!) Tag auf der Redaktion verbringen dürfe, beschied mir der zuständige Redaktor: Nein! Und sowieso: Warum ich überhaupt Journalistin werden wolle, wie heutzutage alle jungen Leute! Ich war ob seiner Unfreundlichkeit ziemlich perplex und gab zurück: Na, Sie haben diesen Beruf ja auch gewählt, Sie werden schon wissen warum. Das fand der Redaktor nicht lustig, entsprechend kurz war unser Gespräch. Ein paar Jahre später klappte es doch: Direkt nach dem Lizentiat konnte ich ein Praktikum beim «Tages-Anzeiger» beginnen, danach eine Mutterschaftsvertretung anhängen. Im Herbst 2007 wechselte ich für 14 Monate zum Schweizer Fernsehen und auf Anfang 2009 wieder zurück – dieses Mal als Volontärin samt Diplombildung am MAZ in Luzern. Von da ging es Schlag auf Schlag: Im Sommer 2010 brach ich das Volontariat vorzeitig ab, um Inlandredaktorin beim Tagi zu werden, im Sommer 2013 wechselte ich zu den Reportern. Meine erste grosse Recherche im neuen Team: Der Mann, der sich zu Tode hungerte. Wären der Pflegevater und die Angehörige des verstorbenen Häftlings nicht gewesen, ebenso der Zuger Sicherheitsdirektor Beat Villiger sowie Toni Amrein, der Leiter des Zuger Vollzugs- und Bewährungsdienstes, wäre der Artikel nicht zustande gekommen. Ganz herzlichen Dank!

Laudatio für den Artikel
Der Mann, der sich zu Tode hungerte
von Simone Rau
erschienen im *Tages-Anzeiger*
19. August 2013

«Es si alli so nätt», stellt Franz Hohler in einem seiner Lieder fest. In der Geschichte, die Simone Rau für den «Tages-Anzeiger» geschrieben hat, sind auch alle nett und haben alles richtig gemacht. Trotzdem fragt man sich: Ist auch richtig, was sich freundlich anfühlt? Simone Rau hat eine Anti-Carlos-Geschichte geschrieben, nüchtern und unaufgeregt. Es ist die Recherche über einen Häftling, der verhungerte. Simone Rau nennt ihn Martin Tobler. Als er stirbt, erscheinen in den Zeitungen kurze Einspalter. Das war es. Unbestritten: Tobler war kein Netter. Er hatte Leute bedroht, wurde schnell ausfällig und war uneinsichtig. Er kam ins Gefängnis, verweigerte sich einer Therapie und sollte verwahrt werden. Das verstand er nicht, und er fühlte sich unfair behandelt. Aus Protest begann er einen Hungerstreik und hörte nicht auf zu hungern. Alle schauten hilflos zu und sagten später zu Simone Rau, er habe nicht sterben wollen. Aber man liess ihn gewähren und sagte, man müsse seine Rechte respektieren. (Obwohl man sonst als Häftling kaum Rechte hat und nicht einmal Exit ins Gefängnis bestellen darf, wenn man todkrank ist; aber das nur als Randbemerkung.) Im Fall Tobler haben alle Beteiligten alles richtig gemacht – gerade deshalb breitete sich grosses Schweigen aus. Beim Walliser Hanfbauern Bernard Rappaz war das vor wenigen Jahren noch anders. Die Medien berichteten rege, was ihm vermutlich das Leben rettete, denn auch er hatte verkündet, bis zum bitteren Ende hungern zu wollen. Toblers Tod machte keinen Lärm. Simone Rau schildert, wie er leise und ohne Schlagzeilen

stirbt. Sie sprach mit seinem Pflegevater, mit dem Gefängnisdirektor und Angehörigen. Sie skizziert das Leben eines Menschen, der mit der Welt nicht zurechtkommt, sich aggressiv benimmt und weggesperrt wird, weil niemand weiss, wie mit solchen Männern zu verfahren ist.

Doch geht es um mehr. Tobler wird zum Prototyp. Immer mehr Kantone haben beschlossen, ihre Häftlinge verhungern zu lassen, falls sie das wollen. Zu diesem Zweck lassen sie eine entsprechende Verfügung unterzeichnen. Tobler hat das getan. Er ist der Erste, der diesen Weg bis zum Ende gegangen ist – eine Art Selbsthinrichtung.

Es läuft alles korrekt, zweifellos. Aber die Lösung wird es nicht sein – obwohl sich alle bemühen, bei aller Düsternis nett und korrekt zu sein. Wenn weitere Häftlinge Toblers Beispiel folgen, dürfte man erschrecken. Simone Raus grosses Verdienst ist es, diesen ersten Fall genau recherchiert zu haben. Sie urteilt nicht. Sie heizt nicht an. Sie erzählt. Herausgekommen ist ein Stück Zeitgeschichte, das man gelesen haben muss.

Susan Boos

Der Mann, der sich zu Tode hungerte

Im April starb erstmals in der Schweiz ein Häftling nach einem Hungerstreik. Wer war der Mann, der so seine Freilassung erzwingen wollte? Und warum ging er dabei rigoroser vor als alle anderen vor ihm?

Von Simone Rau

Am 13. April 2013 trifft der Seelsorger Peter Schmucki* den Häftling Martin Tobler* zum letzten Mal. 37 oder 38 Kilogramm wiegt Tobler noch, er ist zu schwach, um sich von seinem Bett zu erheben, und doch hat er während des Gesprächs im Kantonsspital Baar ein Lächeln auf den Lippen, wie Schmucki erzählt. Die Männer sprechen nicht mehr über den Hungerstreik, den Tobler Mitte Januar begonnen hat, um seine Freilassung aus dem Gefängnis zu erzwingen. Sie sprechen auch nicht mehr über die von ihm unterzeichnete Patientenverfügung, die die Zuger Behörden respektieren. Schmucki merkt, dass sein einstiger Pflegesohn dem Tod nahe ist.

In der Patientenverfügung heisst es:

«Ich lehne sowohl die künstliche Ernährung mit einer Magensonde als auch die künstliche Ernährung über Infusionen ab, selbst wenn dadurch mein Tod in Kauf genommen wird.»

Stattdessen sprechen die beiden Männer über ihre erste Begegnung, rund 14 Jahre ist sie her. Im Alter von 18 Jahren kommt Martin Tobler zu Schmucki und dessen Frau Susanne, nachdem seinen Eltern im Jahr zuvor die Obhut entzogen worden war. Eltern und Sohn hatten sich zerstritten, Tobler zog aus. Nach diesem Rückblick erzählt der mittlerweile 32-Jährige seinem einstigen Pflegevater am Krankenbett von seinem Wunsch, einer Arbeit nachzugehen, für sich selbst zu sorgen, draussen, in der Freiheit. Er wirkt gelöst. Ruhig. Drei Tage später stirbt er.

Schweizweit berichten die Medien über Toblers Tod: «Häftling im Spital verhungert» - «Weg von der Zwangsernährung» - «Hat Zug ethisch richtig gehandelt?». Die Experten sind sich in dieser Frage uneins. Rechtlich ist klar: Die Zuger Behörden haben korrekt gehandelt. Wenn eine schriftliche Patientenverfügung vorhanden ist, müssen sie den Willen des Häftlings re-

spektieren. So will es eine 2011 vom Regierungsrat verabschiedete Verordnung, die Zwangsernährung verbietet. Doch unbeantwortet bleiben in den Medien die Fragen: Wer war Martin Tobler? Warum trat er in den Hungerstreik? Und warum zog er diesen rigoroser durch als alle anderen vor ihm – bis er schliesslich als erster Häftling in der Schweiz verhungerte?

«Eine Reanimation lehne ich ab.»

«Er wollte nicht sterben», sagt Seelsorger Schmucki drei Monate nach Toblers Tod. «Er war lebensfreudig, lustvoll, hatte Humor und etwas Spielerisches. Aber er hat den Tod in Kauf genommen, um sein Ziel zu erreichen: die Freilassung.» Der Mann mit dem «sturen Grind», wie ihn Schmucki bezeichnet, sei intelligent und einfühlsam gewesen, was sich insbesondere in Briefen gezeigt habe, die er an Leute verschickte, die er gern mochte. Später schrieb Tobler Dutzende weniger nette Briefe und E-Mails an ihm missliebige Personen – so etwa 2005 an den damaligen Bundesrat Pascal Couchepin: «Sie sind ein Riesenarschloch!» oder «Gerne werde ich Ihnen Ihren Sterbetag bekannt geben».

Für Angehörige kein Psychopath

Auch eine Angehörige Toblers betont, dass er nicht habe sterben wollen. Vielmehr habe er sich von Behörden und Gerichten ungerecht behandelt gefühlt. Mit dem Hungerstreik habe er insbesondere gegen die ihm verordnete stationäre therapeutische Massnahme in einer geschlossenen Anstalt protestieren wollen. «Er traf im Massnahmenvollzug auf Leute, die sehr viel schlimmere Delikte begangen hatten und sehr viel grössere Psychopathen waren als er», sagt die Angehörige. «Er war kein Psychopath. Sondern einfach ein – trauriger Mensch.» Zwischen Toblers letztem Telefonat mit der Angehörigen und seinem Tod sind gut zwei Jahre vergangen. Er lehnte es ab, dass die Behörden sie oder seine Eltern über den Hungerstreik informieren. Sie kann nicht verstehen, dass man sie nicht doch informiert hat. «Ich habe doch das Recht, zu wissen, wie es ihm geht», sagt sie. «Dass er hungert und womöglich bald stirbt. Finden Sie nicht?»

Man sei an den Daten- und Persönlichkeitsschutz gebunden, sagt hingegen der Zuger Sicherheitsdirektor Beat Villiger. Informiere

man gegen den Willen des Häftlings die Angehörigen, riskierten die Behörden eine Klage wegen Amtsgeheimnisverletzung. Selbstverständlich sei es jedem Häftling freigestellt, seine Familie selbst zu kontaktieren. Tobler tat es nicht.

Für Schmucki gehört es zu «einem der Grundrechte von Insassen, dass sie bestimmen können, wer von ihrem Aufenthalt im Strafvollzug erfährt und wer nicht». Das Gleiche gelte auch im Hungerstreik. Informiere man die Angehörigen dennoch von sich aus, verletze man dieses Grundrecht «massiv».

«Sollte ich schwer belastende Symptome wie zum Beispiel Atemnot, Übelkeit oder Unruhe haben, möchte ich, dass ich so weit mit Medikamenten beruhigt werde, dass ich nicht mehr unter diesen Symptomen leide. Ich bin mir bewusst, dass dadurch das Risiko für lebensgefährliche Ereignisse, Körper- oder Hirnschäden oder unerwartet frühen Tod erhöht sein kann.»

Martin Tobler, als Primarschüler in einem Innerschweizer Dorf stets Klassenbester und mit einem grossen zeichnerischen Talent versehen, fällt den Zuger Behörden erstmals wegen Sprayereien auf. Da ist er 17. Ein Jahr später verurteilt ihn der Einzelrichter zu einer Busse von 100 Franken. 2000 und 2001 ergehen in zwei anderen Kantonen zwei weitere Urteile wegen Hausfriedensbruch, Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte sowie Sachbeschädigungen.

In der gleichen Zeit beginnen Toblers schulische Leistungen nachzulassen. Er wohnt in einem betreuten Wohnheim, danach – um die zwei letzten Gymnasialjahre zu absolvieren – in einem Internat. Doch bereits nach einem Jahr, im Sommer 2000, fliegt er wegen ungenügender Noten raus. Die Schule sei ihm «zu kopflastig und sehr einseitig» gewesen, sagt Tobler später dem Psychiater. Er habe «keine Lust mehr gehabt zu lernen». Mithilfe des Zuger Sozialamts, das ihn unterstützt, findet er eine Anstellung in Genf. Später arbeitet er in einem Callcenter und einer Bank in Zürich. Und er will auf Anraten einer Angehörigen, mit der er sporadisch Kontakt hat, die Matura nachholen, wie diese dem TA erzählt.

«Ich bin vom Anstaltsarzt wiederholt über die Folgen des Hungerstreiks informiert



Die Strafanstalt Bostadel in Menzingen ZG.

Foto: Dominique Meienberg

worden und habe verstanden, dass ein Mensch ohne Nahrung je nach Umständen 30 bis 100 Tage überleben kann, wenn genügend Wasser zur Verfügung steht.»

Tobler nimmt mehrere Anläufe für die Matura – vergeblich. Das macht ihn wütend. Er versprayt die Gartenmauer und den Briefkasten eines Mitglieds der Maturitätskommission, verunstaltet das Treppenhaus des Staatssekretariats für Bildung und Forschung und schreibt böse Briefe, unter anderem an Innenminister Couchepin: «Sie irren sich, wenn Sie glauben, dass die Sache mit meiner Matur ausgestanden sei.»

Die Polizei schreitet ein. Bei einer Hausdurchsuchung in Toblers Wohnung im November 2005 stellt sie eine Pistole, ein Wurfmesser und eine Sturmhaube sicher – und verhaftet den 24-Jährigen. Ein Psychiater begutachtet ihn und kommt zum Schluss, Tobler weise ein «erhebliches Potenzial für eine aggressive Impulsivität» auf. Das Aufzeigen seiner Lerngrenzen hätte für ihn eine «erhebliche Irritierung seines Selbstbewusstseins bedeutet», er weise «querulatorische, paranoide sowie narzisstische Persönlichkeitszüge» auf.

Im September 2006 verurteilt das Zuger Strafgericht Tobler zu 7 Monaten und 10 Tagen Haft. Da er diese bereits in UHaft abgesessen

hat, bleibt er in Freiheit. Er tritt erneut zur Matura an – und besteht. Die Medien berichten ein erstes Mal über den «Querulanten».

«Ich bin informiert worden und habe verstanden, dass es zu einem völligen Kräfteverfall mit Eintrübung des Bewusstseins bis zur Bewusstlosigkeit kommt.»

Nach einer Attacke auf eine Zugbegleiterin und erneuten Drohungen werden weitere Gutachten erstellt. Unter anderem kommt ein Psychiater 2008 zum Schluss, Tobler leide unter einer «kombinierten Persönlichkeitsstörung mit paranoiden und schizoiden Zügen schwerer Ausprägung». Die Gefahr erneuter Straftaten sei erheblich, wenn die psychische Störung unbehandelt bliebe. Bisher zeige sich Tobler zu einer Therapie allerdings nicht bereit. Kurz darauf, im Juni 2008, passiert, was wegweisend ist für Toblers weiteres Leben:

In einem Einkaufszentrum sprüht er einem Staatsanwalt mit einem Deospray ins Gesicht, bespuckt und beschimpft ihn und schlägt ihm mit der Faust ins Gesicht. Noch fataler für den mittlerweile 27-Jährigen: Als man ihn gleichen Tages zu Hause verhaften will, zielt er mit einer geladenen und schussbereiten Pistole auf einen Polizisten. Er drückt nicht ab – sondern flüchtet. Tags darauf wird Tobler verhaftet

und für 8 Monate in die geschlossene Abteilung der psychiatrischen Klinik in Rheinau ZH versetzt. Die Drohungen und die Gewalt, die ihm einst gegen hänselnde Schulkameraden Respekt verschafft hatten, sind eskaliert und bewirken jetzt das Gegenteil.

Im April 2009 verurteilt ihn das Zuger Strafgericht wegen Gefährdung des Lebens, einfacher Körperverletzung, Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte sowie weiterer Delikte zu einer Freiheitsstrafe von 30 Monaten und einer stationären therapeutischen Massnahme in einer geschlossenen Einrichtung. Nach der Gerichtsverhandlung türmt Tobler aus der Tiefgarage des Zuger Gerichts. Eine sofort eingeleitete Grossfahndung bleibt zunächst erfolglos. Er befindet sich weder im Cisalpino nach Locarno noch in der Wohnung seiner Eltern, die die Polizei durchsucht – sondern in der Stadt Zug. Er wird am gleichen Abend verhaftet.

Schwierige Beziehung zu Eltern

Nun nennen die Medien Tobler einen «gefährlichen Psychopathen». Diese Bezeichnung habe ihn «sehr getroffen», sagt seine Angehörige. «Jemand, der einen anderen Menschen umbringt oder Frauen und Kinder vergewaltigt – das ist ein Psychopath. Nicht aber er.» Tobler legt Beschwerde gegen das Urteil ein. Er will sich nicht mit der stationären therapeutischen Massnahme abfinden, die «psychisch schwer gestörten» Tätern vorbehalten ist. Auch die seit der unangemeldeten Hausdurchsuchung endgültig zerrüttete Beziehung zu den Eltern belastet ihn schwer.

Ein knappes Jahr später bestätigt das Zuger Obergericht das Urteil. Eine Verwahrung wird verworfen, da Tobler nicht als völlig therapieresistent beurteilt werden könne. Zum gleichen Schluss kommt im Sommer 2010 auch das Bundesgericht. Aufgrund seiner psychischen Erkrankung könne es Martin Tobler zwar an der Einsicht fehlen, dass er eine Therapie benötige. Trotzdem sei er für diese unter Umständen zu motivieren.

«Ich bin informiert worden und habe verstanden, dass Blutdruck und Herzfrequenz absinken.»

Zum Zeitpunkt des Bundesgerichtsurteils befindet sich Tobler bereits in einem ersten Hungerstreik. Im Frühling 2010 hat er beschlossen,

aus Protest nichts mehr zu essen. «Er sah nicht ein, warum er eine stationäre therapeutische Massnahme absolvieren soll. Er empfand sie als unfair», sagt sein Pflegevater, der Seelsorger Peter Schmucki. Schuldbewusstsein für seine Taten hätte Tobler jedoch gezeigt. «Wenn ich die Zeit zurückdrehen könnte», habe er dann jeweils gesagt, «würde ich anders handeln.» Tobler verliert Kilo um Kilo - und wird schliesslich von der Zuger Strafanstalt Bostadel ins Inselspital Bern und von dort nach Baar verlegt. Dort besucht ihn neben seinem Pflegevater auch Sicherheitsdirektor Beat Villiger: «Er war überhaupt nicht aggressiv, im Gegenteil», erinnert sich der CVP-Politiker. «Er sah seine Fehler ein. Ich habe einen deutlichen Zukunftswillen gespürt.» Ähnlich äussert sich Schmucki, der zu der Zeit auf Wunsch von Tobler dessen Eltern dringend um einen Kontakt bittet, ohne den Hungerstreik zu erwähnen: «Er dachte an ein Leben nach dem Hungerstreik. Beim zweiten Hungerstreik war das anders: Die drohende Verwahrung bot ihm keine Lebensperspektive.» Die Eltern besuchen ihn nicht.

Als Tobler so schwach ist, dass er sich nicht mehr vom Spitalbett erheben kann, entscheidet er sich plötzlich, wieder zu essen. Der Grund sind weder die Besucher noch die ein bis zwei Sicherheitsmänner, die 24 Stunden am Tag an seiner Seite wachen. Sondern vielmehr «ein Lichtblick, ein Hoffnungsschimmer», wie Schmucki sagt. Auf Hinwirken von Regierungsrat Villiger wird ein schweizweit hoch begehrtes Zimmer in einem geschlossenen Massnahmenzentrum frei. «Man könnte sagen, ich habe mich erpressen lassen», sagt Villiger. «Doch ich sehe es anders: Ich konnte einen Platz für ihn organisieren, also habe ich es getan. Schliesslich war er gewillt, die Therapie anzutreten.»

Doch im Therapiezentrum Im Schache im solothurnischen Deitingen will es nicht klappen. Genauso wenig wie beim ersten Mal im Jahr 2009. Genauso wenig wie in der Therapieabteilung der Berner Strafanstalt Thorberg, wo er zeitweilig ebenfalls eine Therapie antrat.

«Er wollte niemandem Einblick geben in sein Innerstes», sagt Paul Loosli, Direktor der Strafanstalt Schöngrün und des Therapiezentrums Im Schache. «Das macht es für Psychiater sehr schwierig – und für ihn selbst auch. Denn das Ziel der Massnahme sind Fortschritte.»

Im Juni 2012 verfügt der Zuger Vollzugs- und

Bewährungsdienst die Aufhebung der stationären therapeutischen Massnahme. Dies ist möglich, wenn deren Durch- und Fortführung aussichtslos erscheinen. Der Leiter des Dienstes, Toni Amrein, beschreibt die Situation so: «Er sagte immer wieder: Ich will das nicht. Ich brauche das nicht. Ich mache das nicht.» Irgendwann machte es auch aus unserer Sicht keinen Sinn mehr.» Der Vollzugsdienst beantragt beim Gericht, die Verwahrung Toblers zu prüfen. «Wir mussten befürchten, dass er in Freiheit erneut das Leben von Menschen gefährdet. Das wollten und konnten wir nicht riskieren», sagt Amrein. Ein Psychiater bestätigt die Persönlichkeitsstörung Toblers. Und er beantwortet die alles entscheidende Frage eindeutig: Ja, es seien Tötungsdelikte zu erwarten.

«Ich bin informiert worden und habe verstanden, dass der starke Eiweissverlust zu Muskelschwäche, Apathie und Herzschwäche führt.»

Tobler macht die Aussicht auf Verwahrung schwer zu schaffen. Noch im Frühsommer 2012 beginnt er, zurück in der Strafanstalt Bostadel, seine Ernährung drastisch einzuschränken. «Er ass nicht nichts, aber viel weniger, und bereitete seinen Körper so auf einen zweiten Hungerstreik vor», sagt sein Pflegevater. Im Januar 2013, der Entscheid des Gerichts ist noch nicht da, beginnt Tobler schliesslich zu hungern. Er will in die Freiheit entlassen werden – und teilt dies sowohl Vollzugsdienstleiter Amrein als auch Regierungsrat Villiger schriftlich mit. Tobler spekuliert darauf, dass seine Delikte zu wenig gravierend sind, um verwahrt zu werden. Und doch macht ihm eine mögliche Verwahrung Angst. Es schau nicht gut für ihn aus, habe Tobler ihm wiederholt gesagt, erzählt Seelsorger Schmucki. Tobler kannte die Einschätzungen der Psychiater. Ende Februar 2013 wird er ins Kantonsspital von Baar verlegt. Es ist die 18. Verlegung seit Sommer 2009 – und Toblers letzte Station.

Wieso aber hat er nicht in die Therapie eingewilligt, die ihm bei erfolgreichem Absolvieren die ersehnte Freiheit gebracht hätte? Wollte er nicht? Oder konnte er nicht? Für Vollzugsdienstleiter Amrein sind die Fragen theoretischer Natur: «Es ändert nichts an der Ausgangslage. Er hatte eine Persönlichkeitsstörung und musste an dieser arbeiten.» Seelsorger Schmucki vermutet hingegen, «dass Tobler,

auch wenn er gewollt hätte, wohl nicht gekonnt hätte – und das gespürt hat, ohne es jemals zuzugeben.»

«Eine nach einem abgebrochenen Hungerstreik zugeführte künstliche Ernährung kann für den Körper sehr belastend sein und unter Umständen zu Komplikationen mit bleibenden Schäden oder sogar zum Tod führen.»

Und so hungert Tobler weiter. Ob er tatsächlich daran glaubt, dass der Hungerstreik ihm die Entlassung bringen wird, weiss niemand. Nicht der Sicherheitsdirektor, der ihn wiederholt darauf aufmerksam macht, dass die «Situation dieses Mal eine ganz andere ist». Die Massnahme sei wegen Toblers fehlenden Willens abgebrochen worden, also könne er – Villiger – nicht erneut nach einem freien Therapieplatz suchen. Dem Regierungsrat sind auch deshalb die Hände gebunden, weil Tobler mündlich und schriftlich klargestellt hat, dass er keinesfalls mehr an einer Massnahme teilnimmt. Er will die Freilassung – oder den Tod. Auch der Pflegevater weiss nicht, ob Tobler tatsächlich an die Entlassung glaubte. «Aufgrund seiner juristischen Kenntnisse, die sich Martin im Fernstudium zugelegt hatte, wusste er, dass der Regierungsrat ihn nicht aus dem Gefängnis entlassen kann», sagt Schmucki. «Und doch hatte er das Gefühl, der Regierungsrat könne schon, wenn er wirklich wolle.» Das sei typisch gewesen für Tobler. Für logische Begründungen – in diesem Fall die Gewaltentrennung – sei er häufig nicht zugänglich gewesen, obwohl er sie von seinem Intellekt her verstanden hätte. Als Beispiel dafür führt Schmucki Gespräche mit seinem einstigen Pflegesohn über Prüfungen an. Wenn er wegen mangelnder Vorbereitung schlecht abgeschnitten habe, seien die Lehrer schuld gewesen. Sie seien doch dafür bezahlt, ihm das Durchkommen zu ermöglichen.

Die anderen müssen handeln

Das sei ein Muster, das sich immer wieder gezeigt habe, sagt Schmucki. Die anderen müssten handeln. Die anderen müssten sich verändern. Nicht er. Man habe oft auf Granit gebissen. Dieses beharrliche, ja oft sture Bestehen auf eigenen – vorhandenen und vermeintlichen – Rechten sei wohl Teil seiner Persönlichkeit. Oder wie es Psychiater formulieren

würden: seiner Persönlichkeitsstörung. Zu den Gutachten will sich Toblers Angehörige nicht äussern. Die Behörden hätten ihn zur Person gemacht, die er am Ende gewesen sei, ist sie überzeugt. Einen «starken Willen» habe er bereits in der Jugend gehabt. Damals habe er sich gegen die Eltern zur Wehr gesetzt – etwa wenn sie unlogische Regeln aufgesetzt und behauptet hätten, etwas sei einfach so, wie es sei. Sie kritisiert die Zuger Verordnung, die es den Behörden erlaube, einen Häftling «einfach sterben zu lassen». Doch auch sie räumt ein, dass die Alternative zum Hungerstreik keine einfache gewesen wäre: Zwangsernährung. Seelsorger Schmucki hingegen findet es richtig, dass die Behörden den Häftling haben sterben lassen: «Martin hat seinen Weg während langer Zeit mehrfach hinterfragt, diesen immer wieder schriftlich und mündlich bestätigt, war nicht depressiv und wusste, was er tat.» In diesem Fall gehe das Recht auf Selbstbestimmung vor. Zudem: «Er hat sein Bewusstsein erst ganz am Schluss verloren. Man hätte ihn, den Protestierenden, zur Zwangsernährung mit massiver Gewalt ans Bett festschnallen müssen. Wäre das humaner gewesen?»

* Namen geändert.

Kantone

Sterben lassen oder zwangsernähren?

Die Frage, ob Häftlinge zwangsernährt werden sollen, wenn sie an einem Hungerstreik zu sterben drohen, wird in der Schweiz unterschiedlich beantwortet: 12 Kantone haben juristische Grundlagen geschaffen, um sie sterben lassen zu dürfen, wie eine Umfrage der WOZ ergeben hat. Es sind dies BS, BL, BE, GL, NE, NW, SH, SO, SG, VS, ZH und ZG.

Der Kanton Zürich etwa stützt sich seit diesem Jahr auf Richtlinien, die das Vorgehen bei Hungerstreik in den Vollzugseinrichtungen des Amtes für Justizvollzug festlegen. Diese beschreiben detailliert das Vorgehen des Gefängnispersonals und des internen Arztdienstes im Fall eines Hungerstreiks. So muss dem Hungerstreikenden beispielsweise dreimal pro Tag eine Mahlzeit angeboten werden, und er wird durch den Gefängnisarzt über die möglichen Folgen seines Verhaltens aufgeklärt. Das ist auch beim Langzeitgefangenen Hugo Portmann der Fall, der sich in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies seit 29. Juli im Hungerstreik befindet (TA vom 7. 8.). Nach eigenen Angaben hat Portmann keine Patientenverfügung unterschrieben und

würde im Notfall zwangsernährt werden wollen. Selbstverständlich könne und wolle man Insassen nicht dazu zwingen, eine Patientenverfügung zu unterzeichnen, sagt Rebecca de Silva, Sprecherin des Amtes für Justizvollzug. Es handle sich «eher um ein Angebot». Werde die Patientenverfügung nicht unterzeichnet, liege der Entscheid über eine allfällige Zwangsernährung «einzig und allein» bei den zuständigen externen Ärzten in der Klinik. Zum konkreten Fall Portmann äussert sich das Amt für Justizvollzug nicht.

Der Kanton Bern hat die Hungerstreiks bei Häftlingen im Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVG) geregelt, das seit 2003 in Kraft ist. Unterschreiben Häftlinge eine Patientenverfügung, wird wie in Zürich auf Zwangsernährung verzichtet. Auch eine solche ist im SMVG geregelt.

In den Kantonen AR, JU und LU sind juristische Regelungen in der Vernehmlassung. GR hat nur die Zwangsernährung geregelt, die restlichen Kantone nichts. (sir)

Der Zürcher Journalistenpreis 2014

wird

Mark Dittli

für seinen Artikel

Die verpasste Chance

erschienen im Das Magazin vom 1. November 2013

verliehen.

Zürich, 20. Mai 2014

Die Jury:

Fredy Gsteiger



Susan Boos



Hansi Voigt



Lisa Feldmann



Alain Zucker





Mark Dittli

Was wird aus einem Jungen, der in Klotten zwischen Eishalle und Flughafen aufwächst, wie wild Eishockey spielt, aber null Talent hat? Genau: Pilot. Das zumindest war die längste Zeit mein Berufswunsch. KV-Lehre bei der Swissair, danach einige Jahre im Ausland. Ein Freund meldet sich für die HWW an, Betriebswirtschaftslehre. Ich denke: Mehr Ausbildung schadet nicht, melde mich ebenfalls an. Das Cockpit kann warten. Zwei Frauen verdanke ich es, dass ich meine Ziele änderte und Jahre später das Swissair-Grounding nicht als Betroffener, sondern als Beobachter erlebte: Meiner Freundin (und heutigen Frau), die fand, ich könne schreiben. Und meiner Französischdozentin, die mich ihrem Mann vorstellte, der für die «Finanz und Wirtschaft» arbeitete. So stieg ich vor 14 Jahren in den Job ein. Drei Jahre auf der Redaktion, danach durfte ich den Posten in New York übernehmen. Es wurden fünf Jahre daraus, die lehrreichsten meines Lebens: Journalismus-Diplom an der NYU; Eintauchen in den angelsächsischen Wirtschaftsjournalismus; Liebenlernen der Goldstandards der Longform: «New Yorker» und «Atlantic». Ich lese sie noch heute. In Print. Seit 2012 bin ich Chefredaktor der FuW und habe das grosse Privileg, mit einem im Medienezirkus zwar stillen, aber hochprofessionellen Team zu arbeiten. Leider komme ich im Büro kaum zum Schreiben. Sitzungen, strategische Projekte, administrativer Irrsinn. Aber ich würde verkümmern ohne das Schreiben. So wird es Nachtarbeit; Leitartikel, Kommentare, ein wöchentlicher Blog. Und ab und zu juckt es mich, ein grosses Stück anzugehen: Zum Glück zählt die Schweiz mit dem «Magazin» noch einen Titel, der die lange Form pflegt. Danke!

Laudatio für den Artikel
Die verpasste Chance
von *Mark Dittli*
erschieden in *Das Magazin*
1. November 2013

Fünf Jahre nach der Rettung der UBS durch den Bund und die Nationalbank erscheint im «Magazin» ein Text über die Finanzkrise – und den soll man nach all der Zeit noch lesen? Es geht zum tausendsten Mal um so klingende Angelegenheiten wie «too big too fail», den «Basler Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich» oder «risikogewichtete Eigenmittel»: Wer nur soll sich das antun? Beschrieben werden lobbyierende Banken und «ernüchternde Realitäten» des heutigen Finanzsystems: Warum soll ich mich da nochmals reinknien?

Solches habe ich mich gefragt, als der Artikel «Die verpasste Chance» (auch nicht gerade der knackigste Titel) von Mark Dittli erschienen ist. Nur: Nach der Lektüre verdrängte eine neue Frage alle andern: Warum zum Teufel hat das bis jetzt keiner so gut erklärt und erzählt! Wirtschaftsjournalismus hat ja etwas Hermetisches, gerade wenn es um komplexe Zusammenhänge wie im Finanzsystem geht. Nur schon die Begriffe schrecken viele Leser und Leserinnen ab, ganz zu schweigen von den häufig so abstrakten Kausalitäten. Dittli, als Chefredaktor des Fachblatts «Finanz und Wirtschaft» sonst eher auf Anlegerspezialitäten fokussiert, hat für die breite Leserschaft des «Magazins» nun das zustande gebracht, woran der Wirtschaftsjournalismus aller Medien, ob Print, online oder TV, zu oft scheitert: Er erklärt seine These so anschaulich, dass man sie nicht nur versteht, sondern auch noch einiges dazu lernt, ohne sich zu langweilen. Und seine These hat politischen Zündstoff: Das globale Finanzsystem sei fünf Jahre nach dem Zusammenbruch genau so unsicher wie zuvor. Ja, je länger man liest, desto inspirierender fühlt sich die Lektüre an, vielleicht weil einem nebenbei auch gleich noch ein Crashkurs in Bankenökonomie und Bankenrettung mitgeliefert wird. Dittli reduziert die Argumente für seine Analyse, dass unsere Banken auch heute noch auf tönernen Füüssen stehen, auf drei Hauptpunkte:

- Erstens: Finanzkolosse können nach wie vor nicht mit einem geordneten Verfahren untergehen, so dass der Staat im Notfall

immer Gewehr bei Fuss steht.

- Zweitens: Diese implizite staatliche Garantie senkt für die Banken die Kosten für fremdes Kapital, also die Zinsen, so dass sie weiterhin einen grossen Anreiz haben, sich möglichst hoch zu verschulden. Die Banker werden dadurch geradezu zum Risiko und zur Sorglosigkeit verführt – wie auch durch ihre in die gleiche Richtung gehenden Bonusziele.
- Drittens: Dies hat zur Folge, dass die meisten Banken bis heute viel zu wenig eigenes Kapital haben, auch wegen zu lascher Vorgaben des Gesetzgebers. Der erstellt zwar immer dickere und kompliziertere Regelwerke – von 37 Seiten in den 1930er Jahren zu den 30000 Seiten des neuen US-Finanzmarktgesetzes – aber er ermöglicht dadurch auch immer mehr Schlupflöcher (siehe wieder risikogewichtete Anlagen, aber um sie zu verstehen, müssen Sie Dittlis Text schon selber lesen).

Drei Hauptpunkte für die Erklärung eines vermeintlich so schwierigen Problems: Nur schon dafür verdient Dittli eine Auszeichnung. Er verknüpft aber auch Fakten, Zahlen, Geschichten und Experten so gekonnt miteinander, dass seine Argumentation nicht nur schlüssig sondern auch überzeugend scheint. Dabei bedient er sich gerne bei Analogien aus dem Alltag, um die abstrakte Materie für den Leser ins Konkrete zu übersetzen.

Ich will Sie hier jetzt nicht noch weiter in die unergründlichen Tiefen des Finanzsystems ziehen. Das überlasse ich Dittli. Sein Fazit ist ernüchternd: Nichts ist besser geworden, wir nehmen in Kauf, dass sich eine Katastrophe wie im Herbst 2008 wiederholen kann. Aber nicht für dieses Fazit kriegt er den Preis. Mark Dittli erhält den Zürcher Journalistenpreis, weil er bei diesem aktuellen und schwierigen Thema das gemacht hat, was im Schweizer Journalismus viel zu selten ist: Er hat eine scharfsinnige, mutige, klare Analyse über scheinbar abstrakte Fragen der Finanzwelt geschrieben, die sowohl Laien wie auch Experten packt. Er hat uns neue Argumente auf den Weg gegeben, ohne uns zu belehren. Dabei hat er uns inspiriert, die Gefahr eines erneuten Bankenkollapses wieder ernst zu nehmen.

Herzliche Gratulation

Alain Zucker

Die verpasste Chance

Vor fünf Jahren mussten die UBS und Dutzende andere Finanzinstitute vom Staat gerettet werden. Dennoch machen die Banken fast so weiter wie zuvor.

Von Mark Dittli

Es gibt Daten, die brennen sich in die Historie ein. Viele Menschen wissen noch ganz genau, wo sie am 11. September 2001 waren, als sie die Bilder der brennenden Türme des World Trade Centers in New York sahen. In der Finanzwelt ist eines dieser Daten der 15. September 2008: der Tag, an dem die Investmentbank Lehman Brothers unterging. Oder, in der Schweiz, der 16. Oktober 2008: der Tag, an dem Bund und Nationalbank die wankende UBS retten mussten.

Das globale Finanzsystem erlitt damals beinahe eine Kernschmelze, die Weltwirtschaft rutschte in die schwerste Rezession seit mehr als siebenzig Jahren. Reihenweise kollabierten die Banken, und Staaten mussten Hunderte von Milliarden Dollar aufwerfen, um sie zu stabilisieren. 37 unter den 100 weltweit grössten Banken waren auf die Hilfe des Staates angewiesen. Sie waren zu gross, zu vernetzt und zu wichtig für das Geldflusssystem, als dass man sie hätte untergehen lassen können: too big to fail eben.

Es war eine Nahtoderfahrung für die westliche Wirtschaftswelt.

Ein halbes Jahrzehnt ist seither vergangen. Genug Zeit für Banken und Regulatoren, alles Nötige zu unternehmen, damit eine derartige Katastrophe nie mehr geschehen kann. Doch die Zeit wurde nicht genutzt.

«Das Finanzsystem ist heute nicht sicherer als vor dem Lehman-Kollaps. Die Situation ist sogar schlimmer als zuvor», sagt der Physiker Didier Sornette, der an der ETH Zürich das Financial Crisis Observatory leitet. «Das ‹Too big to fail›-Problem ist heute grösser als vor fünf Jahren», warnt Simon Johnson, der damals hautnah dabei war: Der am Massachusetts Institute of Technology lehrende Brite war 2007 und 2008 Chefökonom des Internationalen Währungsfonds. «Mit Blick auf die nächsten fünf Jahre oder so müssen wir davon ausgehen, dass sich der Zyklus wiederholt und sich eine ähnliche Katastrophe, möglicherweise sogar eine noch schlimmere, ereignen wird», sagt Johnson.

Die Realität ist ernüchternd. Fünf Jahre nach dem Kollaps ist das globale Finanzsystem nicht sicherer geworden. Keines der grundlegenden Probleme wurde gelöst. Es hat sich nichts geändert. Was ist schiefgelaufen? Versuchen wir eine Erklärung.

Das Besondere an Banken

Im Kern geht es um drei ungelöste Grundprobleme. Erstens: Systemrelevante Finanzkolosse können im Notfall nach wie vor nicht in einem geordneten Prozess untergehen. Zweitens: Die schädlichen Anreizstrukturen innerhalb der Banken haben sich nicht verändert. Und drittens: Die meisten grossen Banken sind und bleiben massiv unterkapitalisiert. Das erste Problem mag paradox klingen. Wieso soll eine Bank nicht wie jedes andere Unternehmen in Konkurs gehen können? Besonders Stimmen aus dem ordnungspolitisch liberalen Lager, die die Rettungsaktionen vor fünf Jahren als Sündenfall bezeichneten, äusserten die Forderung oft: Man soll Banken einfach untergehen lassen.

Diese Aussage ist naiv. Der Grund dafür liegt zum einen in der Rolle, die Grossbanken in der realen Wirtschaft wahrnehmen, und zum zweiten in der Struktur der Bilanz einer Grossbank. Banken stellen die Transferfunktion für

porte mehr gewährten.

Eine Bank ist kein normales Unternehmen. Jede andere Gesellschaft, selbst ein international vernetzter Grosskonzern, kann im Insolvenzfall – das heisst, wenn die Bilanz überschuldet ist – in einem geordneten Verfahren saniert oder zerlegt werden. Der Schuldendienst wird ausgesetzt, und es wird mit den Gläubigern in Ruhe ein Tausch von Schulden in neues Eigenkapital verhandelt. In diesem Prozess haben auch die Gläubiger Interesse an einem glimpflichen Ausgang, denn das steigert die Wahrscheinlichkeit einer Rückzahlung ihrer Kredite. Ist eine Sanierung aussichtslos, liquidiert ein Nachlassverwalter die Vermögenswerte des Unternehmens. Dieser Prozess kann Jahre dauern; im Fall der Swissair-Gruppe ist er nach zwölf Jahren noch nicht abgeschlossen. Einer Bank steht diese Zeit nicht zur Verfügung. Die Bilanz einer Bank ist zu einem enorm hohen Grad von fremden Geldgebern finanziert: andere Banken, Geldmarktvehikel, Obligationäre, Sparer. Und ein grosser Teil dieses Fremdkapitals ist ihr nur kurzfristig zur Verfügung gestellt; es kann per Knopfdruck abgezogen werden. Doch dieses Geld hat die Bank in der Regel deutlich längerfristig wieder ausgeliehen respektive in den Kauf von Finanzanlagen investiert. Diese Inkongruenz in

«Die Banken haben die bestfinanzierte und bestorganisierte Lobby der modernen Wirtschaftsgeschichte. Ihre Strategie war klar: verzögern, verzögern, verzögern.

Je länger man eine neue Regulierung verzögert, desto zahmer wird sie.» Simon Johnson

das Tauschmittel Geld sicher; sie ermöglichen den Handel, sie sind das Schmiermittel der Wirtschaft. Wenn grosse, übernational tätige Banken diese Funktion nicht mehr wahrnehmen können – vor allem, wenn es mehrere gleichzeitig betrifft –, nimmt die Wirtschaft schweren Schaden. Das war im Spätherbst 2008 eindrücklich zu beobachten, als sich in Asiens Häfen Hunderte von Frachtschiffen stauten: Sie konnten nicht auslaufen, weil die Banken keine Vorfinanzierungen für die Trans-

den Fristen – kurzfristig verschuldet, langfristig investiert – funktioniert nur, wenn die Bank jederzeit ablaufende Schulden durch neue ersetzen kann. Anders gesagt: Anders als bei einem normalen Unternehmen besteht die Bilanz einer Bank nicht aus Lagerbeständen, Fabriken und Forschungsstätten, sondern vor allem aus einem: Vertrauen.

Ist dieses Vertrauen am Finanzmarkt infrage gestellt, erleidet die Bank eine moderne Version des Bankensturms: Kapitalgeber ziehen ihr

Geld ab. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, muss die Bank ihre Finanzanlagen verkaufen. Doch wenn zahlreiche Banken gleichzeitig in dieser Situation gefangen sind, geraten die Preise dieser Anlagen immer mehr ins Rutschen; die Banken erleiden Verluste auf ihren Notverkäufen. Irgendwann sind diese Verluste so hoch, dass die dünne Eigenkapitaldecke einer Bank aufgezehrt ist. Sie ist insolvent, im Sinn des Wortes: bankrott.

Bilanzen aus Luft

Nun kommt der Unterschied zu einem normalen Unternehmen: Die Kreditgeber einer Bank sind nicht eine Handvoll langfristig gebundener anderer Banken, mit denen eine Sanierung ausgehandelt werden kann. Sie hat es mit Hunderten von Geldmarktvehikeln, Obligationären und anderen Banken aus Dutzenden Ländern zu tun. Die warten nicht. Wer kann, zieht sein Geld ab.

Soll die Sanierung oder Liquidation einer international vernetzten Grossbank gelingen, so muss diese innerhalb eines Wochenendes isoliert und ein Teil des Fremdkapitals per Zwang in Eigenkapital getauscht werden. Nur so kann das Vertrauen wiederhergestellt werden. Denn herrscht am Montagmorgen, wenn die Finanzmärkte wieder öffnen, keine Klarheit über die Solvenz der Bank und zweifeln deren Gegenparteien an ihrer Geschäftsfähigkeit, setzt sich die Kapitalflucht fort. Die Bilanz zerfällt zu Staub. Weil aber Banken Krisen selten isoliert, sondern meist im Zusammenhang mit einer breiteren Marktpanik auftreten, wäre in diesem Szenario eine Ansteckung anderer Institute kaum zu vermeiden.

Im Nachgang der Lehman-Krise gelobten Politiker in verschiedenen multinationalen Gremien, die regulatorischen Voraussetzungen für die Isolierung und Abwicklung grenzüberschreitend tätiger Grossbanken zu schaffen. Einige Finanzhäuser, etwa die Credit Suisse, erarbeiteten ebenfalls Vorschläge. Effektiv umgesetzt ist jedoch wenig bis nichts. «Realistischerweise muss man davon ausgehen, dass im Krisenfall auch heute noch jede nationale Aufsichtsbehörde eigennützig handeln und Vermögenswerte einer kollabierenden Grossbank auf ihrem Territorium sichern wird», sagt ein Geschäftsleitungsmitglied einer Schweizer Grossbank, das nicht genannt werden will. Für Grossbanken gilt daher immer noch, was der frühere britische Notenbankgouverneur

Mervyn King einst sagte: Sie sind global im Leben, aber national im Sterben. Auch Thomas Jordan, Präsident der Schweizerischen Nationalbank, gab im September in einem Interview in der «Finanz und Wirtschaft» zu: «Die ordentliche Abwicklung einer global tätigen Grossbank ist heute wahrscheinlich noch nicht möglich. Daher müsste weiterhin zwischen den hohen volkswirtschaftlichen Kosten eines ungeordneten Konkurses und den Kosten staatlicher Hilfe abgewogen werden.»

Anders als bei einem normalen Unternehmen besteht die Bilanz einer Bank nicht aus Lagerbeständen, Fabriken und Forschungsstätten, sondern vor allem aus einem: Vertrauen.

Ist also ein Finanzminister an einem Freitagabend mit der Tatsache einer insolventen systemrelevanten Grossbank in seinem Land konfrontiert, stehen ihm zwei Optionen zur Verfügung: Entweder er lässt die Bank fallen und riskiert am Montag ein Chaos, oder er stellt sich mit der Bilanz seines Staates hinter die Bank, rekapitalisiert sie mit Steuergeldern und stellt auf diese Weise sicher, dass an ihrer Solvenz keinerlei Zweifel mehr bestehen. Er wird sich auch heute noch für die zweite Option entscheiden müssen, weil diese weniger Risiken birgt.

Die Bankmanager wissen daher – explizit oder implizit –, dass sie im Notfall weiterhin von ihrem Heimatstaat gerettet werden. Und hier kommt das zweite ungelöste Problemfeld ins Spiel: die Anreize.

Der Reiz der Verschuldung

Banken und Staaten stehen seit achthundert Jahren, als die ersten Geldhäuser in Florenz und Siena die Feldzüge ihrer Fürsten finanzierten, in einem Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit. Im 19. Jahrhundert kam es in den USA und in Europa zu zahlreichen Banken Krisen, in denen Sparer häufig ihre Einlagen verloren. Um das System zu stabilisieren, entstanden zu Beginn des 20. Jahrhunderts in vielen Ländern – auch in der Schweiz – Zentralbanken, die die Aufgabe erhielten, den Geschäftsbanken als Kreditgeber letzter Instanz zu dienen. Nach

der Weltwirtschaftskrise in den Dreissigerjahren, die ebenfalls von heftigen Banken Krisen begleitet war, entstand ein weiteres Sicherheitsnetz in Form von Einlagenversicherungen. Kleinsparer waren fortan geschützt und mussten in einer Banken Krise nicht mehr um ihre Einlagen fürchten.

Diese Massnahmen waren volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch durchaus sinnvoll. Den Banken gaben sie aber auch ein Signal: Die Gewinne in guten Zeiten gehören uns,

katastrophal grosse Verluste werden vom Staat übernommen. Andrew Haldane, Exekutivdirektor bei der Bank of England und zuständig für das Dossier Systemstabilität, nennt diese Evolution einen «Doom Loop», einen verhängnisvollen Kreislauf: Nach jeder Banken Krise über die vergangenen hundert Jahre haben die Staaten das Sicherheitsnetz etwas enger gespannt und damit den Banken implizit das Signal gegeben, es sei in Ordnung, wenn sie künftig noch etwas sorgloser agierten. Nicht nur die Banken haben diesen Anreiz aufgenommen, sondern auch ihre Kapitalgeber: Geldmarktfonds, Obligationäre und andere Banken gewähren den Finanzhäusern freimütig Kredit, weil sie davon ausgehen können, dass der Domizilstaat der fraglichen Bank rettend einspringen wird, sollte diese jemals in Schwierigkeiten geraten. Dieser Anreiz ist sichtbar und berechenbar, denn die Ratingagenturen, die die Kreditwürdigkeit einer Bank einschätzen, geben stets zwei Ratings ab; eines auf «Standalone»-Basis, das heisst ohne Berücksichtigung der impliziten Staatsgarantie, und eines auf «Support»-Basis, das die angenommene Staatsgarantie einbezieht. Haldane hat die Bonitätsratings der 29 weltgrössten Banken untersucht und nachgewiesen, dass ihr Support-Rating im Schnitt um drei Stufen höher, also besser, ist als ihr Standalone-Rating. Weil am Bondmarkt das Support-Rating entscheidet, bedeutet dies, dass

die Banken dank impliziter Staatsgarantie in den Genuss abnormal niedriger Kosten für Fremdkapital kommen. Das ist nichts anderes als eine staatliche Subventionierung der Kapitalkosten für die Banken. Den Wert dieser impliziten Subvention für die 29 weltgrössten Banken berechnet Haldane gegenwärtig auf fast 500 Milliarden Dollar – im Schnitt 17 Milliarden Dollar je Bank.

Diese Tatsache schafft gleich zwei schädliche Anreize: Erstens streben die Banken danach, möglichst gross zu sein, denn je grösser sie sind, desto höher ist der Wert der staatlichen Subvention. Und zweitens haben sie jedes Interesse, einen möglichst grossen Teil ihrer Bilanz mit subventioniertem, billigem Fremd- und möglichst wenig mit Eigenkapital zu finanzieren.

Können mal Glück

Ein weiteres Beispiel schädlicher Anreize findet sich innerhalb der Banken, in der Berechnung der Bonizahlungen für die Topmanager. Als eine Hauptzielgrösse wird dabei die Eigenkapitalrendite definiert, weil, so das Argument, sie auch die Rendite ist, die den Aktionären zukommt. Doch es ist problematisch, die Eigenkapitalrendite als Massstab für Managementleistung zu nehmen, weil sie vom Verschuldungsgrad abhängig ist. Etwas technisch ausgedrückt: Die Eigenkapitalrendite ergibt sich aus der Gesamtkapitalrendite, multipliziert mit dem Verschuldungsgrad. Oder simpler: Die Eigenkapitalrendite ergibt sich aus Können, multipliziert mit Glück. Die Gesamtkapitalrendite zeigt nämlich das Können der Manager, mit der bestehenden Bilanz eine möglichst hohe Rendite zu erzielen. Der Verschuldungsgrad hingegen ist reines Glück: In guten Zeiten erhöht er die Eigenkapitalrendite um ein Vielfaches, und in schlechten Zeiten wirkt er zerstörerisch.

Die Bankenmanager sind dem Anreiz ausgesetzt, den Verschuldungsgrad bis zum maximal Zulässigen auszureizen und so die Eigenkapitalrendite aufzupeppen. Es ist daher absurd, wenn ein Banken-CEO heute das Ziel verkündet, 15 Prozent – oder 25 Prozent, wie vor wenigen Jahren Josef Ackermann bei der Deutschen Bank – Eigenkapitalrendite erreichen zu wollen. Ohne Einbezug der Veränderung des Verschuldungsgrades ist eine derartige Aussage wertlos.

«All die schädlichen Anreizsysteme innerhalb

der Banken sind heute noch intakt», sagt ETH-Professor Sornette, «da hat sich in den fünf Jahren seit Lehman nichts geändert.» Die Banken und ihre Topmanager haben nach wie vor den Anreiz, möglichst gross und möglichst hoch verschuldet zu sein. Das Resultat ist das dritte ungelöste Problemfeld: weiterhin schwach kapitalisierte Bilanzen.

Tönerne Füsse

Im Jahr 2007, als das Finanzsystem aus den Fugen zu geraten begann, wiesen die meisten global agierenden Grossbanken Eigenkapitalquoten von unter 3 Prozent aus: Also waren von 100 Dollar ihres Vermögens mehr als 97 Dollar mit Krediten finanziert. Ende Juni 2007 wies die UBS eine Eigenkapitalquote von 2 Prozent aus, die Deutsche Bank von knapp 1,9 Prozent.

Ein Industrieunternehmen könnte niemals mit derart wenig Eigenkapital arbeiten. Doch im Banking war das die Normalität. Es war allerdings nur die Normalität in der jüngeren Vergangenheit: Gemäss Daten der US-Einlagenversicherungsbehörde hielten die Banken in den Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert noch 20 bis 50 Prozent Eigenkapital, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren es 10 bis 20 Prozent, und bis in die Achtzigerjahre waren es immerhin 5 bis 10 Prozent. Nie in der Historie waren die Banken grösser und schwächer kapitalisiert als im Jahr 2007: mächtig anmutende Türme, ohne Fundament. Und dann begann der Sturm.

Als die Marktpreise für verbrieftete Hypothekarkredite im Verlauf der Krise ins Rutschen gerieten und die Banken immer höhere Verluste erlitten, frass sich das Loch rasend schnell durch die dünnen Eigenkapitaldecken. Um ihre Solvenz zu sichern, nahmen etliche Banken in Panik immer wieder neues Eigenkapital auf; zunächst fanden sie in asiatischen Staatsfonds noch willige Käufer für neue Aktien. Doch irgendwann funktionierte das nicht mehr, sodass am Ende bei Banken wie UBS, Citigroup, Royal Bank of Scotland, Anglo Irish Bank, Commerzbank oder Bank of America der Staat einspringen musste. 37 der 100 weltgrössten Banken mussten gemäss Daten der Bank of England damals gerettet werden. Die Bankbilanzen hatten sich als viel zu wenig robust erwiesen.

Süsse Argumente

Im Nachgang der Krise hätte es einen simplen Weg gegeben, dieses Problem rasch und effektiv zu lösen: Die Banken sollten deutlich mehr Eigenkapital halten. Das schafft zwar keinen Schutz vor weiteren Unfällen, aber mit mehr Eigenkapital können viel höhere Verluste verkraftet werden, bevor die Solvenz der Bank am Markt infrage gestellt wird. Der Schritt hätte die Robustheit des gesamten Finanzsystems deutlich erhöht.

Der Basler Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich machte sich zwar an die Arbeit und stellte Ende 2010 das sogenannte Basel-III-Regelwerk vor, das höhere Eigenmittelanforderungen empfiehlt. Insgesamt war das Paket aber viel zu zahm. Die Regulatoren machten drei Hauptfehler: Sie gingen in den Eigenmittelanforderungen viel zu wenig weit, sie setzten zu lange Fristen für deren Einführung (bis 2019) und erlaubten drittens den Banken in der Berechnung ihrer Eigenkapitalquote weiterhin die Risikogewichtung ihrer Anlagen.

Die Banken setzten sich vehement gegen höhere Eigenkapitalvorschriften zur Wehr. Eigenkapital sei teuer, warnten sie, daher werde sich ihre Kreditvergabe verteuern, was wiederum die Realwirtschaft schwäche. Das Argument verfiel. Es klingt logisch. Aber es ist falsch. Es lässt sich mit ökonomischen Argumenten wasserdicht widerlegen. «Die Aussage, Eigenkapital sei für die Banken zu teuer, ist ein Mythos, sie hat keine faktische Basis», sagt der frühere IWF-Chefökonom Johnson. Es gebe auch keinen Beweis dafür, dass höhere Kapitalanforderungen die Wirtschaft schwächten.

Die an der Stanford-Universität in Kalifornien lehrende Finanzprofessorin Anat Admati hat im Frühjahr 2013 zusammen mit dem deutschen Ökonomen Martin Hellwig vom Max-Planck-Institut in Bonn das Buch «The Banker's New Clothes» publiziert, in dem sie die Argumente der Banken zerpfückt. «Wie viel Eigenkapital eine Bank besitzt, hat nichts mit ihrer Kreditvergabe zu tun», sagt Admati, «die Banken wiederholen diese Warnung immer wieder, in der Hoffnung, dass sie dann für wahr gehalten wird.»

Auch die Ökonomen des IWF haben nachgewiesen, dass höhere Eigenkapitaldecken nicht zu einer Kreditverknappung führen, ganz im Gegenteil: Während der Finanzkrise waren es die am besten kapitalisierten Banken, die ihre

Kreditvergabe am wenigsten einschränken. Admati und Hellwig zeigen, dass Eigenkapital für Banken nicht per se teuer ist. Es erscheint bloss teuer, weil sie kaum welches besitzen und ihre Bilanz daher für Eigenkapitalgeber hochriskant ist. Hält die Bank mehr Eigenkapital, wird ihre Bilanz sicherer, die Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzfalls sinkt. Die erhöhte Sicherheit wiederum erlaubt es der Bank, sich günstiger sowohl mit Fremd- wie auch mit Eigenkapital zu finanzieren. Verzerrend wirkt in diesem Bild bloss die Tatsache, dass die Fremdkapitalkosten der Banken dank der impliziten Staatsgarantie abnormal günstig sind. Nicht das Eigenkapital ist also zu teuer, sondern das Fremdkapital dank der staatlichen Subvention zu billig.

Gefährliche Präzision

Trügerisch ist zudem die Praxis, dass die Banken für die Berechnung der Basel-III-Eigenkapitalquote – das gilt auch für nationale Richtlinien wie in der Schweiz – die Anlagen in ihrer Bilanz mittels eigener Modelle nach Risiken gewichten dürfen. Verbriefte Hypothekarkredite mit der Bonitätsbestnote AAA zählten vor der Finanzkrise beispielsweise mit null Risikogewicht, das heisst, die Banken durften sie als risikofrei betrachten. Das Gleiche gilt für Anleihen von Staaten wie Griechenland. Andrew Haldane von der Bank of England rechnet vor, dass für die Risikogewichtung in einer Bankbilanz Millionen Parameter geschätzt werden müssen und dass schlicht zu wenige historische Daten verfügbar sind, um

überhaupt brauchbare Resultate zu erhalten. Es sei gefährlich, ein enorm komplexes System wie das Bankenwesen mit komplexen Regeln kontrollieren zu wollen, warnte er im August 2012 in einer Rede am jährlichen Notenbankertreffen in Wyoming. Besser sei es, einfache, klare und transparent nachvollziehbare Regeln zu verwenden.

Haldane führte ins Feld, dass der Glass-Steagall Act von 1933, der in den USA das Trennbankensystem fest schrieb, aus 37 Seiten bestand. Das Basel-III-Regelwerk umfasse dagegen 616 Seiten, und das amerikanische Dodd-Frank-Gesetz, das nach der Finanzkrise erlassen wurde, dürfte in seiner Endfassung gegen 30 000 Seiten zählen. Die komplexen neuen Regeln böten den Banken viel zu viele



Schlupflöcher, warnt der Brite. Er hält es daher für weitaus besser, die Eigenkapitalquote auf Basis der ungewichteten Bilanzsumme zu berechnen.

«Eines wissen wir: In jeder Krise hat sich gezeigt, dass die Risikogewichte der Banken komplett falsch waren», sagt Simon Johnson. Er weist darauf hin, dass die meisten Grossbanken heute auf risikogewichteter Basis zwar eine Eigenkapitalquote von 10 Prozent oder mehr aufweisen, sie in der ungewichteten Berechnung jedoch immer noch um 3 Prozent oder noch tiefer liegt. Die UBS kam Mitte 2013 auf 3,9 Prozent, die Deutsche Bank auf 3 Prozent. «3 Prozent sind viel zu wenig», warnt er, «die Grossbanken sollten mindestens 10 Prozent ihrer ungewichteten Bilanz in Form von Eigenkapital halten. Erst dann könnte von einem robusteren Finanzsystem gesprochen werden», sagt der MIT-Professor.

Noch weiter gehen Admati und Hellwig, die Eigenkapitalquoten von 20 bis 30 Prozent fordern. «Das ist in anderen Branchen völlig normal und liesse sich auch im Fall der Banken sofort umsetzen», sagt die Amerikanerin.

Das Argument, es sei übertrieben, die Banken wegen eines einmaligen Ausrutschers in ihren Entfaltungsmöglichkeiten zu behindern, ist gefährlich und falsch. Denn was sich 2007 und 2008 abspielte, war kein Meteoriteneinschlag, kein exogenes, unvorhersehbares Ereignis.

Ein weiterer Makel der Risikogewichtung nach internen Modellen liegt in ihrer Scheinpräzision. Die gängigen Risikomodelle gehen von der Grundannahme aus, dass in der Finanzwelt alle Risiken berechen- und damit absicherbar sind. Das Konzept der echten – und unberechenbaren – Ungewissheit wurde in der modernen Finanztheorie wegrationalisiert. So gehen die Risikomodelle davon aus, dass die Preisausschläge an den Finanzmärkten dem Gesetz der Normalverteilung folgen und die historischen Korrelationen zwischen einzelnen Anlagen konstant sind. Wenn an den Märkten Panik herrscht, gelten diese Annahmen jedoch genau nicht mehr, und die Risikomodelle senden ein falsches Signal von Sicherheit. Das ist vergleichbar mit einem Airbag, der immer

zuverlässig funktioniert – ausser im Fall einer Frontalkollision mit 120 km/h.

Was ist liberal?

So weit die Feststellung: Die Anreizstrukturen in den Banken haben sich nicht verändert, diese haben immer noch das Interesse, möglichst wenig Eigenkapital zu halten. Als Folge davon sind die Grossbanken nach wie vor stark unterkapitalisiert. Wie aber konnte es dazu kommen? «Die Banken haben die bestfinanzierte und bestorganisierte Lobby der modernen Wirtschaftsgeschichte», sagt Simon Johnson. «Ihre Strategie war klar: verzögern, verzögern, verzögern. Je länger man eine neue Regulierung verzögert, desto zahmer wird sie.» Auch der an der New York University lehrende Historiker Richard Sylla sieht die hauptsächliche Erklärung in der Lobbyingmacht der Banken. «Sie haben den Reformprozess erfolgreich verlangsamt und versuchen, ihn totzureden», sagt er.

Es ist offensichtlich, dass sich Politiker und Regulatoren von den Argumenten der Banken beeindrucken liessen. Das war auch in der

Schweiz zu sehen: Der vormalige UBS-Chef Oswald Grübel drohte mehrmals öffentlich, seine Bank könnte den Hauptsitz in ein anderes Land verlegen, sollten die Eigenmittelanforderungen zu scharf ausfallen.

Doch an der Lobbyingmacht allein kann es nicht liegen. Vier weitere mögliche Erklärungen lauten: Erstens wurde die falsche Debatte geführt, zweitens wurde die Finanzkrise fälschlicherweise als historisch einzigartiges Ereignis betrachtet, drittens war, rückblickend betrachtet, alles gar nicht so schlimm, und viertens liess man sich vom Argument der «gleich langen Spiesse» blenden.

Von Beginn weg verlief die öffentliche Debatte rund um das Thema «Too big to fail» insbesondere in der Schweiz in einem naiven Links-

Rechts-Schema: Es ging um die plumpe Frage zwischen mehr Regulierung und mehr Freiheit für die Banken, wobei sich die politische Linke für mehr Regulierung und die liberal-bürgerliche Seite für mehr Freiheit einsetzten. Doch was hat eine eindeutig bewiesene staatliche Subvention mit einem freien Markt zu tun? Es wäre ein urliberales Ansinnen gewesen, die marktverzerrende Subvention der Grossbanken zu eliminieren – eine Tatsache, die die «Liberalen» in der Schweiz und den meisten europäischen Ländern übersahen. Pikanterweise sind es in den USA derzeit vor allem stramme Marktliberale wie der frühere Notenbanker Thomas Hoenig, die sich für härtere Kapitalanforderungen und sogar eine Zerschlagung der «Too big to fail»-Banken einsetzen.

Die zweite mögliche Erklärung für die zahnlose Reaktion ist das oft geäusserte Argument, die Krise sei ein Jahrhundertereignis gewesen. Es sei übertrieben, die Banken wegen eines einmaligen Ausrutschers in ihren Entfaltungsmöglichkeiten zu behindern. Doch so verständlich das Argument auch klingen mag: Es ist gefährlich und falsch. Denn was sich 2007 und 2008 abspielte, war kein Meteoriteneinschlag, kein exogenes, unvorhersehbares Ereignis. Im Finanzsystem entstehen die Risiken endogen, im Inneren; sie entstehen und wachsen durch das Verhalten der Marktakteure selbst – begünstigt durch schädliche Anreizstrukturen. Die asymmetrische Verteilung privater Gewinne und vom Staat übernommener Verluste animiert das Finanzsystem als Ganzes dazu, stets an seine Grenzen – und immer wieder darüber hinaus – zu gehen. Zwischen 1980 und 2010 ereigneten sich mindestens elf grosse Finanzkrisen mit global spürbaren Auswirkungen: elf «Jahrhundertereignisse» in dreissig Jahren. Die dritte mögliche Erklärung: Die meisten Banken, auch die UBS, konnten in den Jahren nach 2008 die erhaltene Hilfe zurückzahlen, der Staat hat mit der Rettung sogar noch Geld verdient. Daraus wurde in der öffentlichen Debatte oft suggeriert, es sei alles gar nicht so schlimm gewesen – was wiederum härteren regulatorischen Vorstössen den Wind aus den Segeln nahm. Das ist jedoch eine unzulässige Ex-post-Betrachtung, die die damals herrschenden Risiken ausblendet. Bund und Nationalbank standen im Fall der UBS zunächst mit der horrenden Summe von mehr als 60 Milliarden Franken im Risiko. Es hätte auch schiefgehen können.

Die vierte mögliche Erklärung ist das von den Banken geäusserte Argument, man dürfe sie nicht mit zu hohen Eigenmittelanforderungen einschränken, da sie sonst im Konkurrenzkampf mit ausländischen Wettbewerbern im Nachteil seien. Tatsächlich herrschte zwischen einigen Staaten ein Wettkampf, es mit der Härte neuer Vorschriften nicht zu übertreiben. Die Schweiz, Grossbritannien und Schweden handelten im Vergleich überdurchschnittlich rasch, während Deutschland und Frankreich zu den grössten Bremsern in der Ausarbeitung der Basel-III-Empfehlungen zählten. Das Argument der «gleich langen Spiesse» verfiel daher. Bloss: Wie intelligent ist es aus Sicht eines Staates, bewusst das Risiko schwach kapitalisierter «Too big to fail»-Banken zu dulden, bloss weil es andere Staaten auch tun?

Ein teurer Fehler

Es ist eine wahrlich bittere Erkenntnis fünf Jahre nach dem Höhepunkt der Finanzkrise: Alles ist, wie es vorher war. Das globale Finanzsystem ist nicht sicherer geworden. Auch heute könnte eine global vernetzte Grossbank im Notfall nicht fallen gelassen werden. Die Anreizstrukturen haben sich um kein Jota verändert. Und die Eigenkapitaldecken der Grossbanken sind immer noch lächerlich dünn: Giganten auf tönernen Füüssen, nach wie vor.

«Die Grossbanken halten uns weiterhin in Geiselhaft», sagt Stanford-Professorin Anat Admati.

Im Herbst 2008 wütete die grösste und gefährlichste Finanzkrise seit der Grossen Depression in den frühen Dreissigerjahren. Doch Konsequenzen hatte die Katastrophe nahezu keine. In keinem Land, auch nicht in der Schweiz, wurden ohne Scheu Diskurse geführt, ob die Grossbankenstruktur, wie wir sie heute kennen – die erst in den letzten 25 Jahren nach einer Reihe von Deregulierungs- und Fusionswellen entstanden ist –, sinnvoll ist. Es wurde kaum ernsthaft der Frage nachgegangen, welche Innovationen der Banken volkswirtschaftlich überhaupt nützlich sind und ob ein aufgeblähter Finanzsektor für die Realwirtschaft möglicherweise sogar schädlich sein kann. Nur selten wurde debattiert, ob die Deregulierung, die seit den Achtzigerjahren die Finanzbranche befreite, teilweise kontraproduktiv war. Bewusst oder unbewusst haben Behörden, Politiker, die Öffentlichkeit, die Medien den

Status quo in Kauf genommen. Wir haben in Kauf genommen, dass eine Katastrophe wie im Herbst 2008 nochmals geschehen kann und geschehen wird.

Es wird sich als teurer Fehler erweisen.

Der Zürcher Journalistenpreis 2014

wird

Alex Baur

für sein Interview

Ich möchte frei sein

erschienen in der Weltwoche vom 28. November 2013

verliehen.

Zürich, 20. Mai 2014

Die Jury:

Fredy Gsteiger



Susan Boos



Lisa Feldmann



Hansi Voigt



Alain Zucker





Alex Baur

Journalismus, das ist mein Beruf, der einzige, den ich je erlernt habe, und zwar von der Pike auf – zuerst als Lokalreporter (Limmattaler), dann als Gerichtsberichterstatter (NZZ), freier Autor (Das Magazin, Folio), Reporter (Sonntags-Zeitung, Stern, Geo) und schliesslich als Redaktor (Weltwoche). Journalismus, das ist für mich vorweg Handwerk. Das meiste habe ich mir selber beigebracht. Es gab Vorbilder, an denen ich mich orientierte – Paul «Sling» Schlesinger etwa, der grosse Kisch, Hannah Arendt, García Márquez, Gerhard Mauz –, doch sie alle waren so weit von meinen Möglichkeiten entfernt, dass es mir gar nicht erst einfiel, sie kopieren zu wollen. So ist es in diesem Beruf: Jeder muss seinen Weg finden, nichts ist vorgezeichnet; Fleiss, Leidenschaft und Hartnäckigkeit sind unabdingbar, Glück und Zufall ebenso. Letztlich geht es immer um das eine: Die gute Geschichte finden. Dafür war ich viel unterwegs, ich habe einiges erlebt, dafür bin ich dankbar. Dankbar bin ich auch Delia, meiner Frau, die mir den Rücken freigehalten hat, und meinen Kindern, die mir immer wieder Zuversicht gaben. Dass ich diesen Preis für das Interview mit «Carlos» erhalte, freut mich ganz besonders. Der Fall des störrischen Zöglings, an dem sich alle Pädagogen, Psychologen und Psychiater die Zähne ausbissen, bis er im Boxer Shemsî Beqiri seinen Meister fand, hat mich von allem Anfang an fasziniert. Ich habe mich mit «Carlos» auch auf Anhieb verstanden, als er mich unverhofft anrief. Die PR-Berater der Justizdirektion erachteten seine Geschichte für «nicht kommunizierbar», deshalb wurde «Carlos» gesperrt. Dagegen zu rebellieren und anzuschreiben lohnt sich allemal.

Laudatio für den Artikel
«Ich möchte frei sein»
von Alex Baur
erschieden in der *Weltwoche*
28. November 2013

Journalistische Auszeichnungen und Preise gewinnt man gewöhnlich mit Enthüllungen, grossen Reportagen, aufwendigen Recherchen oder – meist erst zu guter Letzt – fürs Lebenswerk. Alex Baur gelingt hier ein Novum. Er reüssiert mit einer für die Preisträgererei eigentlich denkbar ungeeigneten Rubrik: der «Richtigstellung».

Zu Anfang seiner Berichterstattung über den 17-jährigen Carlos, der mit fünfzehn einen anderen Jungen niedergestochen hat, und nach Verbüssung der Strafe in einem sündhaft teuren Sondersetting rezosialisiert werden soll, liess Alex Baur seiner Empörung über den wohlriechenden Tunichtgut freien Lauf.

Unter dem Titel «Weg des geringsten Widerstands» zitiert Baur die bisherigen Carlos-Erkenntnisse der Medienkollegen und drischt nach Durchsicht des kurzen SRF-Porträts über den Jugendanwalt Hansueli Gürber und Schützling «Carlos» doppelseitig in der *Weltwoche* auf alles ein, was die Schweizer Kuscheljustiz mit sich bringt.

Dürfen Journalisten irren? Natürlich nicht. Was ist aber, wenn sie es trotzdem tun? Dann wäre Grösse gefragt. Normalerweise kleben aber Zeitungsmacher mehrere Tage nach der Fehlleistung eine kleine Randspaltennotiz auf einen unattraktiven Platz, in der Hoffnung, dass dies erstens juristisch ausreicht und zweitens vom Leser nur minimal zur Kenntnis genommen wird.

Baur merkt also, dass er daneben lag. Die Geschichte von durchgeknallten Sozialtherapeuten, die aus einem hormonstrotzenden Asozialen per Thaibox-Intensivtraining und Perma-Deluxe-Behandlung die endgültige Kilermaschine und Gefahr für die Gesellschaft basteln und dafür 29000 Franken pro Monat verjubeln, ist kein Skandal, sondern ein letzter, teurer Versuch, noch grösseren Schaden zu vermeiden. Das Sondersetting nützt, und ist, therapeutisch und letztlich auch rechtlich, das Richtige für den jungen Mann. Dieser wurde allerdings inzwischen auf offener Strasse verhaftet und in Einzelhaft gesteckt – da man ihn vor Journalisten schützen wollte.

Im offenen Eingeständnis seines journalistischen Irrtums besteht Baur's erste grosse Leistung. In der Aufarbeitung seines Fehlers zu einem Zeitpunkt, als die übrigen Kollegen von Gratis-, Bezahl- und Qualitätsmedien erst richtig zur Carlos-Hatz bliesen, die Zweite. Stand die Schweizer Öffentlichkeit dem Fall Carlos nach Doku-Film und falschen weiteren Enthüllungen zu teuren Deos und magerem Rindfleisch noch kopfschüttelnd gegenüber, brachten spätestens die zugespielten Bilder von der Einzelzelle, die Carlos zerlegt hatte, die Masse endgültig in Wallung. Zu diesem Zeitpunkt fängt Baur an, die wirkliche Geschichte zu erzählen.

Es ist die Geschichte von Feiglingen, die sich als Politiker betätigen. Die ihre eigenen Beschlüsse aus Angst vor dem medialen Gegenwind verleugnen. Die ihren Untergebenen sofort ausliefern und fallen lassen, sobald sie selbst in den Fokus geraten.

Es ist die Geschichte von Journalisten, die sich nach Strich und Faden inszenieren und instrumentalisieren lassen. Von Medienmachern im Law-and-Order-Rausch, die einen erschreckenden Mangel an Ethik und rechtstaatlichem Grundverständnis offenbaren und sich erst durch ein Akut-Urteil des Bundesgerichts im Fall Carlos zur Raison bringen liessen.

Es ist die Geschichte von einer Gesellschaft, die sich nun mal vorgenommen hat, Jugendliche nicht zu bestrafen sondern zu erziehen. Bei straffälligen Jugendlichen, die sich nur schwer erziehen lassen, steckt diese Gesellschaft in einem Dilemma. Einfache Lösungen gibt es nicht.

Es ist die Geschichte von Carlos. Der junge Mann, über den alle berichteten, kam erstmals im Interview in der *Weltwoche* wirklich zu Wort. Wer die Antworten liest, merkt schnell: Niemand weiss, wie sich der Fall entwickeln wird, aber Carlos kämpft um seine vielleicht letzte Chance.

Das bessere Argument ist der Treibstoff des guten Journalisten. Für die Offenheit und den Mut, das bessere Argument auch dann noch zu vertreten, wenn man zunächst zugeben muss, dass man sich ursprünglich geirrt hat, und zudem klar ist, dass man mehr oder weniger alleine dasteht, verdient Alex Baur grossen Respekt – und ausserdem den Zürcher Journalistenpreis 2014.

Hansi Voigt

«Ich möchte frei sein»

Der Fall «Carlos» bewegt die Schweiz und sorgt für hitzige Debatten um das Jugendstrafrecht. In einem Gespräch mit der Weltwoche legt der mittlerweile 18-Jährige erstmals dar, wie er den Rummel um seine Person selber erlebt und was er zum Thema «Kuscheljustiz» zu sagen hat.

Von Alex Baur

Guten Abend, «Carlos» – wie geht es Ihnen? Nicht gut. Niemand ist gerne eingesperrt. Es ist traurig, wie das Ganze gelaufen ist. Wäre dieser TV-Film über Jugendanwalt Hansueli Gürber nicht gedreht worden, wäre nichts passiert, wäre ich nicht hier in der geschlossenen Anstalt, sondern in Basel in meinem Setting und würde trainieren. Ich habe diesen Dok-Film nicht gesucht. Wissen Sie – ich habe vieles falsch gemacht in meinem Leben, aber seit ich vor über einem Jahr die Chance bekam, mich zum Thaiboxer ausbilden zu lassen, habe ich immer alles genau so getan, wie man es von mir verlangte. Es gibt keinen Grund, mich einzusperren.

War Ihnen bewusst, dass aus einem Film ein derartiger Wirbel entstehen könnte? Ich hatte von Anfang an instinktiv meine Zweifel an diesem Film. Dass mich keiner lieben würde, das war mir schon klar. Ich habe dann trotzdem eingewilligt, weil es im Film ja gar nicht um mich ging, sondern um Jugendanwalt Gürber. Er wollte mich als Beispiel bringen für eine positive Entwicklung. Der Blick machte dann das Gegenteil daraus.

Haben Sie die Blick-Kampagne und die Medienberichte über «Carlos» verfolgt? Ja schon, vor allem im Internet, als ich noch in Basel war. Ich habe noch nie viel auf das gegeben, was andere von mir denken. Aber es traf mich schon. Ich denke, 99 Prozent der Leute hassen mich. Meine erste Reaktion war: Jetzt will ich erst recht zeigen, dass ich eine positive Entwicklung gemacht habe. Ich habe noch härter trainiert, mir doppelt Mühe gegeben, alles richtig zu machen.

Was hat Sie am meisten getroffen? Die Kommentare zu den Artikeln. Leute, die mich und meine Geschichte gar nicht kennen, forderten alle möglichen Strafen für mich bis zur Ausschaffung. Ich bin Schweizer, wohin soll ich verbannt werden? Früher schickte man

Leute wie mich nach Amerika, doch es gibt keine Strafkolonien mehr. Es stimmt schon, was ich als Fünfzehnjähriger getan habe, das war schlimm, aber ich habe meine Strafe abgesehen. Ich glaube nicht, dass es in der Schweiz jemanden gibt, der als Kind so lang im Gefängnis eingesperrt hat wie ich. Seit ich im Alter von elf Jahren erstmals eingesperrt wurde, verbrachte ich insgesamt rund fünf Jahre im Gefängnis oder in geschlossenen Anstalten. In meinem Fall von Kuscheljustiz zu reden, das ist einfach absurd. Auch mein Sondersetting war keine Wohlfühltherapie, sondern ein hartes Programm von früh bis spät.

Es ging vor allem auch ums Geld – ein Sonderprogramm für monatlich 30 000 Franken für einen Delinquenten. Das kann ich schon verstehen. Nur habe ich selber von diesem Geld, abgesehen vom Taschengeld, nie etwas gesehen. Ich habe erst aus dem TV-Film erfahren, was mein Sondersetting kostet. Ich bin dankbar für die Chance, die man mir mit diesem Setting gegeben hat. Es ging ja vor allem auch darum, dass ich die Schulbildung nachhole, die ich während meiner Gefängnisjahre verpasst habe. Ich bin schulisch auf dem Niveau eines Viertklässlers stehen geblieben. Um eine Berufslehre zu absolvieren, brauche ich einen Schulabschluss. Aber wenn das Geld das Problem ist, dann verzichte ich halt auf den Privatunterricht. Ich brauche auch keine Vierzimmerwohnung. Ich komme mit einem Zimmer und weniger Sackgeld zurecht. Wichtig ist für mich das Boxtraining.

Ist es wirklich eine gute Idee, einen zum Thaiboxer auszubilden, der als Teenager aus nichtigem Grund einen anderen Teenager niedergestochen hat? Ich weiss, Thaiboxen hat nicht den besten Ruf, nur schon das klassische Boxen hat ein besseres Image. Doch im Kern geht es, wie bei jedem Spitzensport, um Disziplin und Körperbeherrschung, Training und nochmals hartes Training. Das erfüllt mich und gibt mir eine Perspektive. Ich weiss, ich kann es im Thaiboxen sehr weit bringen, das sagen mir auch Profis.

Wie halten Sie es mit Anabolika – das ist ja immer ein Thema im Spitzensport. Ich habe nie Anabolika genommen. Das wäre für meinen Körper, der noch nicht ausgewach-

sen ist, gar nicht gut. Ich arbeite nur mit legalen und unschädlichen Aufbaupräparaten wie Proteinen und Vitaminen.

«Mit diesen Samurai-Schwertern kann man nicht einmal eine Wurst schneiden.»

Im Dok-Film werden Samuraischwerter gezeigt, die in Ihrem Zimmer hängen. Das ist nicht gerade das ideale Spielzeug für einen Burschen mit Ihrer Vorgeschichte. Ich habe diese Schwerter von meinem Trainer Shemi geschenkt bekommen. Doch sie haben lediglich eine rituelle Bedeutung. Das Wesentliche sieht man im Film nämlich nicht: Die Klingen sind stumpf, man kann damit nicht einmal eine Wurst schneiden.

Wie wirkte sich der Rummel auf Ihren Alltag aus? Direkt hatte das keine grossen Folgen. Ich durfte weniger raus und musste hinter verschlossenen Türen trainieren, weil man befürchtete, ein Journalist könnte mir nachspüren. Anfänglich war ich ein wenig deprimiert, aber dann habe ich umso härter trainiert. Ich wollte nicht, dass jene recht bekommen, die mir jetzt misstrauen.

Das Misstrauen hat einen Grund. Vor drei Jahren haben Sie jemanden niedergestochen. Ich will das nicht beschönigen, das war schlimm. Ich kann dazu nur sagen: Ich habe mich verändert. Und wenn man glaubt, dass ich mich nicht verändern kann – warum hat man das ganze Setting dann aufgebaut? Wozu dann all die Massnahmen?

Inwiefern haben Sie sich verändert? Da gibt es einiges. Ich war bei der Tat total beklüfft. Das ist keine Entschuldigung, aber ich lebte damals in einer irrealen Welt. Ich fing im Alter von neun Jahren mit dem Kiffen an. Es liegt in meinem Charakter, dass ich zu Extremen neige. Die Droge verstärkte meine Gefühle, im Negativen wie im Positiven. Als Fünfzehnjähriger rauchte ich den ersten Joint schon



«Ich habe erst aus dem TV-Film erfahren, was mein Sondersetting kostet»: Jugendstraftäter «Carlos».

Foto: Jan Geerk

beim Aufstehen, ich war den ganzen Tag be-
kifft. Ich lebte ständig zwischen Euphorie und
Paranoia. Seit über einem Jahr nehme ich
überhaupt keine Drogen mehr, weder Cannabi-
s noch Alkohol oder Tabak. Allein das verän-
dert vieles.

Und wie wissen wir, dass dies eine dauerhafte
Veränderung ist?

Als ich nach der Messerstecherei im Gefängnis
landete, wurde mir mit der Zeit bewusst, was
ich angerichtet hatte. Das kam nicht auf einen
Schlag, es war wie ein langsames Aufwachen,
aber ich merkte bald, dass ich eine Grenze
überschritten hatte, dass es diesmal etwas an-
deres war. Ich begann die Bibel zu lesen. Der
Gefängnisseelsorger Markus Giger, den ich
schon vorher kannte, half mir dabei sehr. Ich
gehöre keiner religiösen Gruppe an, aber ich
fasste Vertrauen zu Gott. Ich merkte, ich muss
etwas tun, ich begann, mein Leben selbst in
die Hand zu nehmen.

Sie haben den Kontakt zu allen Therapeuten
und Pädagogen stets verweigert, es gibt nicht
einmal eine psychiatrische Begutachtung aus
erster Hand. Aus jedem Heim und jeder An-
stalt, wo man Sie unterbrachte, sind Sie bei der
ersten Gelegenheit getürmt. Der Begriff
«schwererziehbar» wäre in Ihrem Fall unter-
trieben, sie galten als «unerziehbar». Hat sich
da etwas geändert?

Es gab eine ganze Reihe von Leuten, die mir
viel geholfen haben und die mir das Gefühl ga-
ben, dass ich nicht verloren bin: Jugendanwalt
Gürber, Frau Oggenfuss [Anm. d. Red.: Be-
treuerin], Herr Bernard [Anm. d. Red.: Vertei-
diger]. Es tut mir leid, wenn diese Menschen
nun Probleme haben. Viel gelernt habe ich vor
allem auch von Shemsi Beqiri, meinem Thai-
box-Trainer. Shemsi ist wie ein grosser Bruder
zu mir, seine ganze Familie hat mich aufge-
nommen, ich wurde ein Teil dieses Clans. Mit
Shemsi und seinen Brüdern war ich auch in
der Freizeit viel zusammen. All diesen Men-

schen habe ich unendlich viel zu verdanken,
sie stehen weiterhin zu mir. Aber, wissen
Sie – kein Sozialtherapeut auf der Welt kann
mich verändern; ein Mensch kann nur sich
selber verändern.

Wir kennen die Version Ihres Opfers A. Y., der
in diversen Medien erzählte, Sie hätten ihn vor
drei Jahren völlig grundlos in Zürich Schwa-
mendingen mit einem Messer niedergesto-
chen. Jetzt möchten wir noch Ihre Version er-
fahren.

Ich kannte A. Y. vorher nicht, wir gerieten da-
mals zufällig aneinander, ein Wort gab das an-
dere. Er sagte: «Ich bin der König von Schwa-
mendingen», ich erwiderte darauf: «Und ich
bin der König von Wollishofen.» Als der Streit
eskalierete, zeigte ich ihm mein Messer, um ihn
zu erschrecken. Doch er liess sich nicht beein-
drucken und verpasste mir einen Faustschlag.
Da stiess ich zu.

«Früher habe ich einfach so lange randaliert, bis ich untragbar wurde und man mich freiließ.»

Warum hatten Sie damals ein Messer dabei? Um zu bluffen, um mir Respekt zu verschaffen. Ich hatte mir das Messer im Head-Shop gekauft und trug es immer auf mir. Ich war ziemlich paranoid. Es war aber das erste und einzige Mal, dass ich das Messer eingesetzt habe. Das tut mir vor allem auch gegenüber dem Vater von A. Y. leid, der das Ganze miterleben musste. Dafür wurde ich bestraft, ich habe meine Gefängnisstrafe abgessen. Hätte ich das Geld, würde ich auch die von A. Y. geforderten 20 000 Franken Genugtuung sofort zahlen.

Wie haben Sie Ihre Verhaftung im letzten August erlebt?

Nachdem der ganze Medienrummel losgegangen war, sollte ich mit meinem Vater ein paar Wochen in die Ferien gehen, bis sich der Wirbel etwas legen würde. Ich lehnte das zuerst ab, wollte mein Training nicht unterbrechen, sagte dann aber widerwillig zu. Am Tag der Verhaftung reiste ich nach Zürich, um zuerst Pfarrer Giger zu treffen. Danach, auf dem Weg zu meinem Vater, wurde ich auf offener Strasse verhaftet. Die Polizisten waren in Zivil, ich hatte bemerkt, dass sie mir folgten. Doch ich spürte auch: Wenn ich jetzt Widerstand leiste oder flüchte, macht es die Sache nur schlimmer.

Wie reagierten Sie auf die Verhaftung?

Ich sagte mir: Die wollen, dass ich die Nerven verliere, damit sie einen Vorwand haben, um mich einzusperren. Doch diesen Gefallen werde ich ihnen nicht tun. Der Gefängnisleiter von Dietikon ist ein korrekter Mensch, man behandelte mich dort gut. Natürlich war ich niedergeschlagen. Ich wusste: An mir liegt es nicht, ich hatte mich im Setting wohl verhalten, habe immer das gemacht, was man mir vorgeschrieben hat, es gibt keinen Grund, mich einzusperren. Ich war auch im Gefängnis bis zuletzt guter Hoffnung, bald nach Basel zurück in mein Setting zu gehen, um mein Training und meine Ausbildung weiterzuführen, sobald sich die Aufregung gelegt hatte. Ich sollte auch ein Berufspraktikum absolvieren.

Letzte Woche hiess es dann plötzlich, dass man Sie ins Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) in eine geschlossene Abteilung versetzen würde. Was ging da vor in Ihnen?

Ich fühlte mich verarscht und hintergangen. Am Montag verlangte Jugendanwalt Patrik Killer noch, dass ich eine Vollmacht für ein neues Sondersetting unterschreibe. Tags darauf besuchte er mich im Gefängnis. Bis dahin hatten wir uns jeweils in einem normalen Besuchszimmer getroffen, doch diesmal wollte er nur durch die Panzerscheibe mit mir reden. Da ahnte ich bereits, was auf mich zukam. Er teilte mir ohne grosse Begründung mit, dass ich sofort in die geschlossene Anstalt in Uitikon versetzt werde. Schon am übernächsten Tag war ich im MZU.

Wie lautete denn die Begründung?

Es heisst, ich müsste vor mir selber und vor den Journalisten geschützt werden. Was für eine Heuchelei. Seit wann kümmert sich Justizdirektor Graf um mein Schicksal? Die Behörden und Politiker wollen sich nur selber schützen. Die haben Angst vor den Medien und der öffentlichen Meinung. Nur, dafür kann ich nichts. Ich habe das nicht gesucht. Ich bin doch keine Abstimmungsvorlage.

Wären Sie bereit gewesen, sich in ein schlanke- res Setting einzuordnen?

Ich wäre zu allem bereit, wenn ich nur zurück zu Shemsi Beqiri ins Training gehen könnte. Meine Betreuer von der Firma Riesen-Oggenfuss hatten ein Konzept aufgestellt, das alle Bedingungen der Zürcher Justizdirektion und der Jugendanwaltschaft erfüllte und günstiger gewesen wäre als eine geschlossene Anstalt. Shemsi war sogar bereit, auf seinen Lohn zu verzichten. Ich wäre dann in meiner Freizeit ins Thaibox-Training gegangen und hätte auch ein Berufspraktikum gemacht. Heute glaube ich, dass die Verhandlungen der Justizdirektion ein Täuschungsmanöver waren. Man brauchte etwas Zeit, bis in Uitikon ein Platz frei wurde. Vielleicht wollte man auch testen, ob ich ausflippte, um dann einen Vorwand zu haben, um mich einzusperren.

Wie geht es nun weiter?

Ich will nicht hierbleiben. Ich werde eingesperrt für etwas, was ich nicht zu verantworten habe, und dagegen wehre ich mich mit allen juristischen Mitteln. Ich bin in einer Zwickmühle. Früher habe ich in den Heimen und Kliniken einfach so lange randaliert und rebelliert, bis ich untragbar wurde und man mich freiließ. Aber jetzt warten die ja nur darauf, dass ich ausflippe; dann hätte man endlich einen Vorwand, um mich einzusperren. Auf der anderen Seite: Wenn ich jetzt kooperiere, werden sie sagen: «Das geht ja wunderbar, es war doch richtig, ihn einzusperren.» Es ist einfach, zu behaupten, ich sei gefährlich; und schwierig, zu beweisen, dass ich nicht gefährlich bin.

Was sagen die Mitinsassen in Uitikon? Sind Sie für die jetzt ein Held?

Nein. Ich bin nicht stolz, weder auf das, was ich gemacht habe, erst recht nicht auf das, was über mich geschrieben wurde.

Sind Sie sauer auf Jugendanwalt Gürber, der das ganze ins Rollen brachte.

Am Anfang schon ein wenig. Aber eigentlich tut mir Gürber vor allem leid – er wollte an meinem Beispiel ja einen Erfolg zeigen. Das Fernsehen filmte zwei Stunden lang bei mir, doch die wenigen Minuten, die dann ausgestrahlt wurden, zeigten nur das Negative.

Was ist Ihr grösster Traum?

Ich möchte frei sein, egal, was die Leute über mich denken. Ich will eine Karriere als Boxer machen, um meinen Eltern zu zeigen, dass ich kein Versager bin. Und eines Tages möchte ich eine Familie haben, Frau und Kinder, wie alle anderen Menschen auch.

Fall «Carlos»

Wer schützt wen?

Obwohl er alle Auflagen erfüllte und seine Strafe abgesessen hatte, kam Carlos hinter Gitter.

In einem sind sich alle Beteiligten einig: Das Sondersetting, mit dem der als «Carlos» bekanntgewordene Zögling auf die rechte Bahn gebracht werden sollte, war teuer (monatlich 29 200 Franken), aber erfolgreich. Zum ersten Mal in seinem Leben hielt sich der heute 18-jährige Bursche an die Regeln, er war in die Familie seines Boxtrainers Shemi Beqiri integriert und machte schulische Fortschritte. Obwohl er seine Haftstrafe (9 Monate unbedingt) abgesessen hatte, wurde «Carlos» verhaftet, nachdem der Fall in den Schlagzeilen war. Gemäss dem Zürcher Justizdirektor Martin Graf (GP) war das Setting einerseits zu teuer («nicht kommunizierbar»), zum andern müsse «Carlos» vor den Medien geschützt werden. Nach der Verhaftung nahm sich gemäss Recherchen der Weltwoche der neu eingesetzte Jugendanwalt Felix Bieri speditiv der Sache an und empfahl bald die Fortsetzung des bisherigen Sondersettings mit wenigen Anpassungen. Darauf wurde ihm das Dossier «wegen Arbeitsüberlastung» entzogen und dem Jugendanwalt Patrik Killer zugeteilt. Am 31. Oktober offerierte die Betreuungsfirma Riesen-Oggenfuss ein Setting für monatlich 24 060 Franken.

Weil das der Justizdirektion immer noch zu viel war, reichte Riesen-Oggenfuss eine Offerte über 19 655 Franken nach. Namentlich Beqiri verzichtete auf sein Honorar. Während die Schulbildung ausgebaut und ein Berufspraktikum geplant wurde, sollte das Boxtraining in der Freizeit stattfinden. Damit waren alle Forderungen der Justizdirektion erfüllt.

Am 18. November bat Jugendanwalt Killer den eben volljährig gewordenen «Carlos» um eine schriftliche Ermächtigung im Hinblick auf das neue Setting. Doch bereits am nächsten Tag teilte er diesem mit, dass er in die geschlossene Abteilung des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) versetzt werde. Es sei unklar, so die Begründung, wo das Setting mit dem Boxtraining genau hinführen sollte. Ein Gutachter soll nun klären, wie es weitergeht. Bis dahin soll «Carlos» hinter Gittern bleiben – «zu seinem eigenen Schutz und zum Schutz Dritter». Es könnte gefährlich werden, wenn der Bursche «auf einen Journalisten treffen würde». Sein Anwalt legte gegen die Verfügung Rekurs ein.

Alex Baur

Bisherige Preisträgerinnen und Preisträger

1981

Hugo Bütler, Peter Frey, Urs P. Gasche

1982

Caroline Ratz, Jonn Häberli, Wilfried Maurer,
Hans Moser, Edmund Ziegler

1983

Andreas Kohlschütter, Gisela Blau,
Gottlieb F. Höpli, Peter Meier

1984

Dieter Bachmann, Georg Gerster,
Anna-Christina Gabathuler

1985

Margrit Sprecher, Herbert Cerutti,
Arthur K. Vogel

1986

Markus Mäder, Verena Eggmann, Hans Caprez
Klaus Vieli, Benedikt Loderer

1987

Christian Speich, Jürg Frischknecht,
Martin Born

1988

Werner Catrina, Barbara Vonarburg,
Christoph Neidhart

1989

Beat Allenbach, Hansjörg Utz, Rolf Wespe
Alois Bischof, Niklaus Meienberg, Jürg Rohrer

1990

Ursula Binggeli, Colomba Feuerstein,
Urs Haldimann, Toni Lanzendörfer,
Josef Rennhard, Al Imfeld, Stefan Keller
Hedi Wyss, Hanspeter Bundi

1991

Peter Hufschmid, Christoph Keller,
Christina Karrer, Ernst Hunziker,
Guerino Mazzola, Isolde Schaad

1992

Hans Caprez, Christine Fivian-Isliker,
Erwin Koch, Patrik Landolt, Linus Reichlin,
Mix Weiss, Nadia Bindellam, Regula Heusser,
(Swissairpreis)

1993

Thomas Burla, Antonio Cortesi, Sepp Moser,
Kaspar Schnetzler, Walter Sturzenegger,
Barbara Suter, Edith Zweifel, Peter Pfrunder
(Swissairpreis)

1994

Herbert Fischer, Peter Haffner, Stefan Keller,
Willi Wottreng, Brigitte Hürlimann (Swissair-
preis), Giorgio von Arb (Swissairpreis)

1995

Erwin Haas, Erwin Koch, Herbert Cerutti,
Regula Heusser-Markun, Richard Stoffel,
Martin Frischknecht (Swissairpreis)

1996

Irène Dietschi, Lukas Lessing (Text),
Ute Mahler (Bild), Bernard Senn,
Ronald Sonderegger, Peer Teuwsen (Text),
Reto Klink (Bild), Peter Sidler (Text) Swissair-
preis, Daniel Schwartz (Bild) Swissairpreis

1997

Pia Horlacher, Thomas Meister, Bruno Ziauddin,
Finn Canonica (Swissairpreis)

1998

Fredi Lerch, Christoph Keller,
Christoph Neidhart, Alfred Schlienger,
Peter Haffner (Swissairpreis)

1999

Daniel Ganzfried, Brigitte Hürlimann,
Beat Kappeler, Bernhard Raos, Urs Rauber
Werner Lüdi (Swissairpreis)

2000
Beat Kraushaar, Martin Meier, Irena Brezná,
Nicole Müller, Richard Reich, Miklós Gimes
(Swissairpreis)

2001
Martin Beglinger, Alexej Djomin, Andri Bryner,
Lisbeth Herger, Rahel Stauber, Urs Rauber,
Oswald Iten (Swissairpreis)

2002
Jürg Ramspeck (Gesamtwerk), Jürg Rohrer
(Alltag/Kleine Form), Arthur Rutishauser,
Patrik Landolt, Stephan Ramming,
Anna Schindler, Georg Seesslen, Ursula von
Arx, Peter Ackermann

2003
Margrit Sprecher (Gesamtwerk),
Daniel Germann (Alltag/Kleine Form),
Michael Marti, Bernhard Odehnal,
Cornelia Kazis, René Staubli

2004
NZZ Auslandredaktion (Gesamtwerk),
Daniele Muscionico (Alltag/Kleine Form),
Bruno Vanoni, Andreas Schürer,
Markus Schneider, Jean-Martin Büttner

2005
Manfred Papst (Alltag/Kleine Form),
Thomas Angeli, Daniel Benz, Rico Czerwinski,
Nico Renner, Meinrad Ballmer, Marco Zanchi

2006
Peter Baumgartner (Gesamtwerk),
René Brunner (Alltag/Kleine Form),
Peer Teuwsen, Karin Wenger,
Christoph Scheuring, Hansi Voigt,
Ursula Gabathuler

2007
Karl Lüönd (Gesamtwerk),
Charlotte Jacquemart, Daniel Hug,
Bruno Ziauddin, Christian Schmidt,
Gabrielle Kleinert, Marcel Hänggi

2008
Rainer Stadler (Gesamtwerk), Constantin Seibt
(Zeitung), Anja Jardine (Zeitschrift), Daniel Ryser
(Nachwuchs)

2009
Bernard Imhasly (Gesamtwerk), Catherine Boss,
Martin Stoll, Karl Wild (Zeitung), Roland Bingisser
(Zeitschrift), Dinu Gautier (Nachwuchs)

2010
Balz Bruppacher (Gesamtwerk), Viktor Dam-
mann (Zeitung), Mathias Ninck (Zeitschrift),
Christian Kündig und Lukas Messmer (Nach-
wuchs)

2011
Michael Meier (Gesamtwerk),
Dagmar Appelt, Katharina Baumann (Zeitung),
Otto Hostettler, Dominique Strebel (Zeitschrift),
Maurice Thiriet (Nachwuchs)

2012
Gion Mathias Cavelty (Zeitung),
Daniel Ammann (Zeitschrift), Julia Hofer
(Zeitschrift), Joel Bedetti (Nachwuchs)

2013
Köbi Gantenbein (Gesamtwerk),
Rico Czerwinski, Iwan Städler, Susi Stühlinger

2014
Frank A. Meyer (Gesamtwerk), Simone Rau,
Mark Dittli, Alex Baur

Dank für Unterstützung und Spenden

Wir danken ganz herzlich

dem Zürcher Presseverein ZPV und dem Presse- und Medienball für ihre grosszügige Unterstützung,

der Druckerei Robert Hürlimann AG, Zürich, für den Druck dieser Broschüre,

und unserem Hauptsponsor Migros-Genossenschafts-Bund.

MIGROS

Folgende Firmen und Organisationen (gestaffelt nach Höhe der Beiträge) haben die Ausrichtung der diesjährigen Preisgelder in verdankenswerter Weise ermöglicht:

Helsana

Orange Communications

UBS

Tamedia

Credit Suisse

Raiffeisen Schweiz

Neue Zürcher Zeitung

Ringier

Argus der Presse

Zurich Insurance Group

Schindler

Adolf & Mary Mil-Stiftung

Bank Vontobel

Chocoladefabriken Lindt & Sprüngli

Somedia

Hoffmann-La Roche

Johann Jacob Rieter-Stiftung

Novartis International

Syngenta International

Verband Schweizer Medien

Zürcher Kantonalbank

Publigroupe

Dr. Bjørn Johansson

Impressum

Herausgeberin

Stiftung Zürcher Journalistenpreis
Rainstrasse 24
8104 Weiningen
T 044 750 29 68
info@zh-journalistenpreis.ch
www.zh-journalistenpreis.ch

Bankverbindung
UBS AG
Postfach
8098 Zürich
IBAN CH44 0023 0230 2082 4140 J

Redaktion

David Strohm

Satz und Druck

Druckerei Robert Hürlimann AG, Zürich



Stiftung Zürcher Journalistenpreis
Rainstrasse 24
8104 Weiningen
T 044 750 29 68
info@zh-journalistenpreis.ch
www.zh-journalistenpreis.ch